

„Wie man sinnet so sagt man“

Gedanken

eines Sozialisten

zur Kommunalpolitik

von Arthur Mertins

VERLAG FÜR WIRTSCHAFT UND SOZIALPOLITIK

H A M B U R G 1 9 4 6

„Wie man sich bettet,
so schläft man“

Gedanken eines Sozialisten

zur Kommunalpolitik

Von

ARTHUR MERTINS



A90-1914

INHALTSÜBERSICHT

I. Wirtschaft und Politik als gesellschaftliche Lebensbedingungen.

1. Der Mensch kann als Einzelgänger nur primitiv leben.
2. Die Gesellschaft gewährt dem einzelnen Menschen Schutz und Hilfe.
3. Die Wirtschaft ist eine gesellschaftliche Angelegenheit.
4. Das Zusammenleben und -wirken der Menschen erfordert eine Ordnung durch Gesetze.
5. Der Kapitalismus ist eine ungerechte Ordnung der menschlichen Zusammenarbeit.
6. Durch die Politik will das Kapital seine Macht befestigen.
7. Es gibt keine unpolitischen Menschen!
8. Die politischen Parteien formen Lebensanschauungen!
9. „Hohe“ Politik und Kommunalpolitik.
10. Regierungsformen sind entscheidend für das Wohlergehen der Völker.

II. Von der Diktatur zur Demokratie.

1. Wir haben noch keine Demokratie.
2. Die Gemeindewahlen bringen uns einen Schritt vorwärts zur Demokratie.

3. Wir sind für weitgehende Selbstverwaltung.
4. Schluß mit dem Preußentum!
5. Eine Verwaltungsreform wurde schon vor 1933 angestrebt.
6. Sozialdemokratische Forderungen zur Verwaltungsreform.
7. Vereinfachung bedeutet Verbesserung!
8. Der Landrat ist der erste Bürger des Kreises.
9. Unpolitische Beamte sind in Deutschland stets reaktionär.

III. Die Aufgaben und Ziele sozialistischer Selbstverwaltung.

1. Unsere Arbeit in den Gemeinden vor 1933 konnte sich sehen lassen!
2. Neue Wege für die Gestaltung der Gemeindeeinnahmen.
3. Die Ausgabenseite des Haushaltsplanes muß ein soziales Gesicht bekommen.
4. Gute Wege sind für alle Bürger eine Notwendigkeit.
5. Von einer guten, allgemeinen Volksbildung hängt unsere Zukunft ab.
6. Alte, kranke und schwache Mitbürger sind unserer Fürsorge gewiß.
7. Vorbeugen ist besser als heilen.
8. Betriebe der öffentlichen Hand fördern das Volkswohl.
9. Die Vertriebenen können mit Hoffnung auf uns sehen.

IV. Die Parole des Tages: Sozialismus?

1. Wir leben in der Zeit eines geistigen Umbruchs.
2. Sozialdemokratische Kommunalpolitik, die Versuche zum Sozialismus!

I. Wirtschaft und Politik als gesellschaftliche Lebens- äußerungen.

1. Der Mensch kann als Einzelgänger nur primitiv leben.

Zu allen Zeiten der Entwicklung des Menschengeschlechtes hat es Einzelgänger gegeben, die die Gemeinschaft verließen, um in der Einsamkeit zu leben. Auch ist die Geschichte reich an Beispielen dafür, daß unglückliche Zufälle einzelne Menschen aus der Gemeinschaft herausrissen und sie zwangen, ein Leben, das ganz auf sich selbst gestellt war, zu führen. Von Diogenes bis Robinson Crusoe zeigen jedoch alle Beispiele mit voller Deutlichkeit, daß die freiwillige oder erzwungene Loslösung des Menschen von der Gesellschaft immer zur Folge hatte, daß die betreffenden Personen in einer beispiellosen Anspruchslosigkeit leben mußten. Der Mensch kann menschlich nur in der Gemeinschaft leben.

Der Einzelne sieht sich fast machtlos den Naturgewalten, feindlichen Tieren und Menschen oder sonstigen Gefahren und Widerwärtigkeiten der Umgebung und des Klimas ausgesetzt. Kälte und Hitze, Hunger und Krankheiten, Wassergewalt und Stürme geben ihn schutzlos dem Schicksal preis, und nur unter Aufbietung aller körperlichen und geistigen Kräfte ist er imstande, sich Nahrung, Kleidung und Obdach zu verschaffen, und selbst wenn ihm in seinem Leben günstige Zufälle zu Hilfe kommen, wie das etwa bei Robinson der Fall war, kann er über die einfachsten Lebensformen nicht hinaus und unterscheidet sich in seinem Dasein kaum von dem der ihn umgebenden Tiere. Während diese jedoch, ohne Vernunft, mit ihrem Schicksal zufrieden sind, wenn sie genügend zu fressen haben, so leidet der vernunftbegabte Mensch immer, oft mehr, oft weniger, unter den äußeren niederdrückenden Formen seines Lebens.

2. Die Gesellschaft gewährt dem einzelnen Menschen Schutz und Hilfe.

Schon frühzeitig haben daher die Menschen beieinander Schutz gesucht und Schutzgemeinschaften gebildet. Sie haben bald herausgefunden, daß Gemeinschaftsarbeit und Arbeitsteilung ihre Lebensformen wesentlich verbessern und ihnen auch einen größeren Schutz vor natürlichen Feinden, übelwollenden Nachbarn und den Gefahren der Natur bieten können. Die gemeinschaftliche Gütererzeugung stellte bald alle Menschen an den richtigen Arbeitsplatz und schuf dadurch die Gewähr, daß die einzelnen Teile der Gesamtarbeit von denen hergestellt wurden, die auf Grund ihrer Begabung und ihrer Eignung dazu am besten befähigt waren und die diese Arbeit auch in kürzester Frist ausführen konnten.

Es war ganz natürlich, daß es sehr bald zu einem Warenaustausch kommen mußte, da die klimatischen Verhältnisse und in ihrer Folge auch die Verschiedenheit der landschaftlichen Gebiete die Entstehung von bestimmten Waren und Gütern auf ganz bestimmte Gegenden beschränkte. Der Ort der Gütererzeugung war eben nicht mehr auch der Ort des Verbrauches. So entwickelte sich die Versorgung der Menschen in diesen drei Formen, die wir heute kennen und die wir etwa so bezeichnen können:

Gütererzeugung (Produktion)
Güterverteilung (Handel) und
Güterverbrauch (Konsum).

3. Die Wirtschaft ist eine gesellschaftliche Angelegenheit.

Die Wirtschaft ist also eine Gemeinschaftsbetätigung, bei der viele Kräfte zusammenwirken müssen, damit das Ziel, alle Menschen mit Nahrung, Kleidung und Obdach zu versehen, erreicht wird. Um zu diesem Ziel zu kommen, müssen Produktionsquellen vorhanden sein oder erschlossen werden.

Die wichtigste dieser Produktionsquellen ist der Grund und Boden. Er trägt die Pflanzen und ernährt die Tiere, die wiederum als menschliche Nahrung dienen können. Er birgt in seinem Innern Schätze wie Kohle, Erze, Salze, die wiederum die Ausgangsstoffe für viele andere Dinge sind, die die Wirtschaft benötigt.

Auch Produktionsmittel muß die Wirtschaft herstellen, damit die Erzeugung von Waren aller Art schneller und besser durchgeführt werden kann. In dieses Gebiet gehören vor allen Dingen Maschinen und Werkzeuge.

Es müssen ferner Betriebskräfte in Dienst gestellt werden, und zwar derart, daß sie vernünftig zusammenwirken. Menschen, Tiere, Dampfkraft, Elektrizität und in naher Zukunft die Atomenergie helfen dem Menschen, die Waren leichter zu erzeugen und die immer notwendiger werdenden Verkehrsmittel zu betreiben.

Die Zahlen dieser Verkehrsmittel und ihrer Vervollkommnung sind von Jahrhundert zu Jahrhundert gestiegen. In der Gegenwart laufen bei normalen Zeiten Millionen von Eisenbahnwaggons die Schienen entlang, durchkreuzen Zehntausende von Schiffen die Weltmeere, durchschneiden Tausende von Flugzeugen die Lüfte: alle mit dem einen Ziel, der Wirtschaft zu dienen, Waren vom Ort der Erzeugung zum Orte des Verbrauches zu bringen oder die Verbindung zwischen Erzeuger und Verbraucher herzustellen und aufrechtzuerhalten.

4. Das Zusammenleben und -wirken der Menschen erfordert eine Ordnung durch Gesetze.

Es ist ganz klar, daß diese Aufgaben der modernen Wirtschaft die Kräfte des Einzelnen weit übersteigen müssen. Der Mensch ist deshalb ein soziales, das heißt gesellschaftliches Wesen und kann seine Lebensformen nur verbessern, wenn die Gemeinschaft, in der er lebt, vernünftig geordnet ist und ihre Aufgabe darin erblickt, den gesellschaftlichen Wohlstand zu fördern.

Das ist schon früh von den Menschen erkannt worden, wenigstens in dem Maße, daß es allen Menschen

bewußt wurde, daß sie irgendwie gemeinschaftlich arbeiten müßten. Die Menschen schlossen sich zu Familien, Sippen, Stämmen zusammen und bildeten auch bald größere Völkerschaften. Sie entwickelten in diesen Nationen eine gemeinsame Sprache und besondere Sitten und Gebräuche. Sie schufen sich Ordnungen und Gesetze für das Zusammenleben, die ihrer Eigenart und den besonderen Bedingungen ihrer Umgebung angepaßt waren.

Die Entwicklung dieses Gemeinschaftsgefühles nahm zu in dem Maße, wie durch Erfindungen und Entdeckungen die Wirtschaft an Umfang und an Weltweite zunahm. So beschäftigten sich die klügsten Menschen Europas mit dem Gedanken eines Zusammenschlusses der europäischen Staaten zu den „Vereinigten Staaten von Europa“, und die Organisation der „Vereinten Nationen“ darf wohl als Keimzelle eines Weltstaatenbundes angesehen werden.

Es ist durchaus klar, daß dieses Zusammenleben und Zusammenwirken der Menschen einer Ordnung bedarf. Der Durchschnittsmensch ist weder besonders gut noch besonders böse. Der in ihm lebendige Selbsterhaltungstrieb jedoch veranlaßt ihn immer wieder, nach seinem persönlichen Vorteil zu streben und den Versuch zu machen, sein eigenes Leben angenehmer zu gestalten, auch wenn es auf Kosten der anderen Menschen geschehen muß. Diese Selbstsucht (Egoismus) macht den Menschen rücksichtslos und würde ohne allgemein gültige Gesetze immer weiter zur Ausnutzung anderer Menschen, besonders der Schwächeren, führen.

5. Der Kapitalismus ist eine ungerechte Ordnung der menschlichen Zusammenarbeit.

So ist es im Laufe der Entwicklung des Menschengeschlechtes durch die Gerissenheit und die Klugheit, durch die Machtentfaltung und die Skrupellosigkeit einzelner Menschen zu dem Zustand gekommen, daß z. B. der ehemals freie Grund und Boden zum Privateigentum einer dünnen Oberschicht geworden ist.

Auch die Bodenschätze stehen nicht mehr der Allgemeinheit zur freien Verfügung, sondern gehören den jeweiligen Besitzern, die sich zu gegebener Zeit den bergenden Grund und Boden angeeignet haben. Die Eigentümer oder, wie wir Sozialisten sie nennen, die Kapitalistenklasse, erlangten durch diesen Besitz an den notwendigsten Gütern eine ungeheure Macht über ihre besitzlosen Mitmenschen. Sie ließen diese Mitmenschen (das werktätige Volk) wohl den Grund und Boden bearbeiten, die Bodenschätze heben und in der sich rasch entwickelnden Industrie wirken; aber sie bestimmten allein auf der einen Seite den Lohn für die Werktätigen und auf der anderen Seite den Gewinn für sich selbst.

So wurden alle Völker der Erde in zwei Klassen getrennt, die naturgemäß in schärfstem Gegensatz zueinander stehen mußten. Diese Klasseneinteilung ist nicht „gottgewollt“, wie die besitzende Klasse es so gern hinstellen möchte, um die besitzlose Klasse von ihren berechtigten Ansprüchen abzubringen; sie ist das willkürliche Produkt einzelner Menschen, die das Machtprinzip mit Erfolg vertraten und zu einer maßlosen Unterdrückung der werktätigen Massen übergingen.

Es dürfte daher ganz klar sein, daß die Ordnung der menschlichen Gesellschaft bei dem bestehenden Privateigentum an Produktionsquellen und Produktionsmitteln niemals der ganzen menschlichen Gesellschaft gerecht werden kann. Die besitzende Klasse wird immer nach Mitteln und Wegen suchen, das Privateigentum an Produktionsquellen und Produktionsmitteln zu erhalten und die ordnenden Gesetze so zu gestalten, daß sie diesem Wunsche entsprechen.

6. Durch die Politik will das Kapital seine Macht befestigen.

Die besitzende Klasse hat von jeher großen Wert auf die politische Macht in allen Staaten gelegt. Es war natürlich, daß diese Klasse auf Grund ihrer wirt-

schaftlichen Macht und des mit dieser Macht verbundenen Reichtums imstande war, für sich ein Bildungsvorrecht zu errichten. Dieses Bildungsvorrecht, das den Besitzenden die Quellen der Wissenschaft erschloß, die sich den Besitzlosen nicht öffneten, brachte es mit sich, daß sie die Führer der Staaten wurden, daß sie Gesetze nach ihrem Wunsche erlassen konnten und daß sie auch die Gewalten lenkten, die diesen Gesetzen Achtung beim werktätigen Volk verschaffen sollten.

Diesem werktätigen Volk redete man ein, daß das politische Lied ein „garstig Lied“ sei, und daß die Politik die „Charaktere verderbe“ und daß „jedermann untertan sein müsse der Obrigkeit, die Gewalt über ihn habe“. Während man selbst politisch außerordentlich aktiv war, schuf man so den unpolitischen Durchschnittsmenschen.

7. Es gibt keine unpolitischen Menschen!

Das einfachste Zusammenleben von Mensch zu Mensch bedarf schon einer gewissen Ordnung, wenn diese auch nicht immer geschrieben erscheint, und ist daher schon politisch. Die Abmachungen bei der Eheschließung über die güterrechtliche Stellung der Ehegatten, die Beschaffung von Wohnung, Kleidung und Nahrung, die Erziehung der Kinder, die Sicherung des Alters, die Berufsarbeit usw. usw. sind politische Handlungen, weil sie von Gesetzen und dem Verhältnis zu anderen Menschen abhängig sind.

Jeder Mensch hat auch eine bestimmte Einstellung zu diesen das Zusammenleben ordnenden Gesetzen und zu den anderen Menschen. Die meisten Menschen urteilen dabei jedoch nur vom Einzelfall aus. Sie fragen nicht nach den Zusammenhängen, in die dieser Einzelfall hineingehört, und sie forschen auch nicht nach den Gründen, die zur Entstehung dieses Falles führten oder die eine Änderung des Zustandes herbeiführen können. Sie sagen entweder „ja“ oder „nein“ zu diesem besonderen Fall und ziehen keine Schlüs-

folgerungen daraus. Sie bemühen sich bei ablehnender Einstellung nicht, die Ursachen zu erkennen und schon gar nicht, dafür zu kämpfen, daß diese Ursachen beseitigt werden. Es fehlt ihnen bei der mangelhaften Schulerziehung und mangelhaften sonstigen wissenschaftlichen Ausbildung an einer geschlossenen Lebens- und Weltanschauung.

8. Die politischen Parteien formen Lebensanschauungen!

Die Formung einer Lebens- und Weltanschauung ist für den einzelnen Menschen in den meisten Fällen eine nicht so einfache Aufgabe. Es gehören dazu ein gewisses Maß von Wissen und eine große Erfahrung, die der einzelne neben seiner beruflichen Tätigkeit sich kaum aneignen und vor allen Dingen kaum erwerben kann. Daher haben sich schon frühzeitig politische Parteien gebildet, also Organisationen, in denen auf dem Wege der Gemeinschaftsarbeit alles zusammengetragen wird, was dem Menschen zur Bildung einer Lebensanschauung nötig ist.

In den Programmen dieser Parteien wird zu allen Lebensgebieten Stellung genommen, und alle Parteien bemühen sich, dieser Stellungnahme eine gemeinsame Grundauffassung in der Form einer philosophischen Untermauerung zu geben. Die politische Partei sammelt daher gewissermaßen gleichgerichtete Anschauungen, faßt ihre Anhänger zu einer großen Organisation zusammen und gibt ihren Mitgliedern ein politisches Ziel.

Das Ziel der Parteipolitik erstrebt entweder die Änderung oder die Erhaltung eines bestehenden gesellschaftlichen Zustandes. Die Sozialdemokratie hält den bestehenden gesellschaftlichen Zustand, den wir die kapitalistische Gesellschaftsordnung nennen, für ungerecht und strebt daher eine Änderung dieses Zustandes an. Die kapitalistisch eingestellten Parteien (auch wenn sie sich demokratisch nennen) halten mehr oder weniger noch an dem bestehenden gesellschaft-

lichen Zustand des Privateigentums an den Produktionsquellen und Produktionsmitteln (als dem ihnen angenehmsten) fest und setzen sich daher für seine Erhaltung ein.

Es muß daher zwischen den sozialdemokratischen und den bürgerlich-kapitalistischen Parteien ein Kampfzustand herrschen. Dieser Kampf soll nach unserem Willen nur mit den Waffen des Geistes ausgefochten werden. Die letzten 100 Jahre der Politik haben jedoch ganz deutlich bewiesen, daß die kapitalistischen Parteien, vielleicht aus dem Gefühl heraus, daß ihre Sache ungerecht ist, diesen Kampf mit roher Gewalt und mit Waffen durchführen wollen. Kriege, Terror, Verfolgungen, Unterdrückung der Meinungsfreiheit, Schändung der Menschenwürde waren die Methoden der besitzenden Klasse.

Für die Zukunft unseres Volkes, ja, der ganzen Welt, wird ausschlaggebend sein, ob es gelingt, das werktätige Volk, das zahlenmäßig die Mehrheit im Staate bildet, so politisch zu schulen, daß es zu einer einheitlichen Willensbildung kommt und damit die Bahn frei wird für eine Ablösung des kapitalistischen Prinzips durch den Sozialismus.

9. „Hohe“ Politik und Kommunalpolitik.

Diese einheitliche Willensbildung zu schaffen ist Aufgabe der Politik im allgemeinen und der sozialdemokratischen Parteipolitik im besonderen. Die Politik im allgemeinen soll das Verständnis für die Möglichkeiten von neuen Formen des Gemeinschaftslebens wecken, und die sozialdemokratische Parteipolitik hat die Aufgabe, das Ziel klar herauszubilden.

In der Politik kann man deutlich zwei Gebiete voneinander trennen: die allgemeine Politik und die Kommunalpolitik. Die allgemeine Politik, auch oft „hohe“ Politik genannt, befaßt sich in der Hauptsache mit dem Verhältnis der Völker zueinander (Außenpolitik) und der allgemeinen Ordnung im Staate durch die zentrale Gesetzgebung (Innenpolitik). Die Außen-

politik regelt die internationale Zusammenarbeit der Völker; sie schafft, je nach der Einstellung der Regierungen, Frieden oder Krieg, und sie bereitet die Voraussetzungen vor, die zu einer geordneten Weltwirtschaft nötig sind, die allein eine steigende Lebenshaltung aller Völker gewährleisten könnte. Die Innenpolitik klärt die Frage der Reichsgewalt und der Gesetzgebung und die Art der Ausübung der Gewalt im Staate.

Das zweite große Gebiet der Politik, nämlich die Kommunalpolitik, regelt die Angelegenheiten der Gemeinden und Gemeindeverbände, und sie ist es, die den einzelnen Menschen viel mehr angeht als die sogenannte „hohe“ Politik. Damit soll nicht gesagt werden, daß es etwa nebensächlich sei, ob sich der einzelne Staatsbürger um die „hohe“ Politik kümmere oder nicht. Im Gegenteil: jeder Bürger eines Staates muß es für seine vornehmste Aufgabe ansehen, seiner Auffassung über die Wege der „hohen“ Politik Ausdruck zu geben und ihr zum Siege zu verhelfen.

Aber es ist nun einmal so, daß das Verhältnis des einzelnen zu seiner Gemeinde oder seinem Kreise viel enger ist als das zum Staate; daß die Beschlüsse, die in Gemeindevertretungen oder Kreistagen gefaßt werden, viel unmittelbarer in sein persönliches Leben eingreifen. Daraus folgt, daß er von einer Kreis- oder Gemeinderoglerung, die seinen Wünschen nicht entspricht, persönlich viel empfindlicher getroffen wird als von einer ähnlich gearteten Staatsregierung.

10. Regierungstypen sind entscheidend für das Wohlbefinden der Völker.

Regierungen bedürfen überall einer gewissen Macht zu ihrer Tätigkeit. Die Form, in der die Macht dieser Regierungen ausgeübt wird, ist entscheidend für das Wohlergehen eines Volkes. Die Regierung eines Volkes kann in ihrem Aufbau außerordentlich verschieden sein, jedoch haben sich im Laufe der Menschheitsentwicklung zwei Hauptarten deutlich herausgebildet, nämlich die Diktatur und die Demokratie.

Bei der Diktatur und ihren Spielarten wird die Regierung vom Willen eines einzelnen Menschen oder einer kleinen Gruppe von Menschen getragen. Bei der Demokratie entspricht die Regierung dem Willen der Volksmehrheit. Es leuchtet ein, daß die Diktatur keinen anderen Willen neben sich dulden kann und daher zu Gewaltmethoden greifen muß, um ihren Willen durchzusetzen. Sie führt daher fast immer zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit, zur Vergewaltigung der Minderheit, zu Terror und Verfolgungen, zur Schändung der Menschenwürde, zum Schwinden jeder Verantwortlichkeit bei den unteren Befehls- und Verwaltungsstellen und als Folge davon in den meisten Fällen zu Revolutionen oder Kriegen.

Die Demokratie gewährt dagegen dem Volke freie Meinungsäußerung, Achtung vor der Persönlichkeit, die Möglichkeit zur Mitarbeit auch für die Minderheit, den Schutz der Schwachen, die verantwortliche Mitarbeit aller im Staate und führt damit auch zu Völkerfrieden und Völkerverständigung. In einer Diktatur werden die Staatsbürger zu Untertanen, während sie in der Demokratie freie und selbstbewußte Persönlichkeiten sind.

Der wesentlichste Grundzug in der Demokratie ist aber nicht nur die Möglichkeit, eine Regierung zu wählen, die dem Willen der Volksmehrheit entspricht, sondern die Tatsache, daß das Volk die dauernde Kontrolle der Regierungsorgane und auch der Verwaltungsorgane in der Hand behält. Der große Führer der Sozialdemokratie August Bebel hat einmal von der sozialdemokratischen Partei gesagt: „Die SPD ist stark geworden durch das gesunde Mißtrauen der Mitglieder gegenüber der Führung.“

Das, was Bebel hier von der sozialdemokratischen Partei sagt, gilt in demselben Maße auch vom demokratischen Staate. Die Überwachungsmöglichkeit schafft eine Auslese von Regierenden und Verwaltenden, die in keiner anderen Staatsform möglich ist. In der Diktatur befehlen der Diktator und seine Beamten.

In der Demokratie sind alle Beamten Diener des Volkes, das sie gewählt hat und das sie bezahlt.

Wenn die Mehrheit des Volkes in der Demokratie ihren Willen zur Geltung bringen soll, dann müssen bei den Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften gewisse Voraussetzungen erfüllt sein. Diese Wahlen müssen zunächst einmal direkte Wahlen sein, d. h. der Wähler muß den Kandidaten kennen und ihm auch direkt seine Stimme geben können. Die Wahlen müssen frei sein, d. h. daß kein Mensch gezwungen werden darf, zu wählen oder einen bestimmten Kandidaten zu wählen. Sie müssen geheim sein, d. h. es darf niemand erfahren, wie ein Wähler gestimmt hat, und sie müssen allgemein sein, d. h. alle Bürger, die sich nicht selbst des Wahlrechts verlustig gemacht haben, müssen wählen dürfen.

Durch die Tatsache, daß die Mehrheit durchsetzen kann, was sie will, wird größtmögliche Gerechtigkeit erreicht. Dadurch, daß die Mehrheit ändern kann, was sie nicht mehr will, wird der Fortschritt gesichert. „Wie man sich bettet, so schläft man!“

II. Von der Diktatur zur Demokratie.

1. Wir haben noch keine Demokratie.

Wie schon erwähnt, liegen die Dinge der „hohen“ Politik dem einzelnen Bürger meistens fern. Wer kommt als Durchschnittsbürger z. B. mit Ministern zusammen oder hat etwas mit den Regierungen fremder Staaten zu tun? Erst, wenn sich die Regierungsform eines Staates grundlegend ändert, wirkt die hohe Politik auch auf den einzelnen Bürger ein.

Diese Einwirkung haben wir in den letzten zwölf Jahren ja einschneidend genug zu spüren bekommen. Die Diktatur Hitlers und der Nationalsozialisten ist zusammengebrochen. Nie gekanntes Elend ist über das deutsche Volk gekommen, und den Trümmerhaufen unserer Großstädte und Industriewerke steht ein vielleicht in seinen Auswirkungen noch gefährlicheres geistiges Trümmerfeld zur Seite. Der völlige Neubau unseres Staates und unserer Wirtschaft ist erforderlich. Er kann nur auf demokratischer Grundlage erfolgen.

Noch haben wir in Deutschland keine Demokratie, auch wenn noch so viel von Demokratie geredet wird. Die hohe Politik wird beherrscht von der Kontrollkommission, die man als eine Regierung mit diktatorischen Vollmachten ansehen muß. Dadurch sind wir nicht Herr im eigenen Hause und können dieses Haus auch nicht nach eigenen Wünschen und Grundsätzen einrichten. Wenn heute die unmöglichsten Zustände in Deutschland herrschen, wenn in bezug auf Wohnung, Ernährung und Bekleidung ein nicht mehr zu überbietender Tiefstand die Regel ist, wenn die Wirtschaft noch nicht funktioniert: so sind dafür einzig und allein die kapitalistische Gesellschaftsordnung und ihre Helfershelfer, die Nazis, verantwortlich zu machen.

Sie haben zum Kriege gerüstet, den Krieg begonnen und ihn, wie es nicht anders zu erwarten war, auch verloren. Sie haben das Vermögen des deutschen Volkes wie fanatische Spieler verspielt, indem sie alles auf eine Karte setzten und diese Karte nicht stach. Keinem der Männer und Frauen, die heute an der Spitze der Verwaltungen stehen, kann ein Vorwurf gemacht werden, wenn die Zustände in Deutschland so erbärmlich sind.

Es ist aber unerlässlich, daß das deutsche Volk sich immer und immer wieder diese Tatsachen vor Augen hält und unter allen Umständen dafür sorgt, daß diese Kreise nie mehr einen bestimmenden Einfluß auf Wirtschaft und Politik erhalten.

Aber auch in der Kommunalpolitik, in den Gemeinden und Kreisen, leiden wir unter den Folgen des kapitalistischen und nationalsozialistischen Krieges. Auch hier sind die Vertretungen der Gemeinden und der Kreise keine demokratischen Einrichtungen. Die Vertreter und auch die Bürgermeister und Landräte sind nicht vom Volk gewählt, sondern von der Militärregierung ernannt worden.

Sie sind bei ihren Beschlüssen und in ihren Handlungen abhängig von der Zustimmung der Militärregierungen und dadurch vielfach in ihrem Wollen gehemmt und am Wirken gehindert. Auf die wichtigsten Gebiete des öffentlichen Lebens haben sie gar keinen Einfluß: die Lebensmittelversorgung geschieht durch die Militärregierung, Bekleidungs- und Wohnungsfragen sind abhängig von der Einstellung der Militärregierung, und auch die Inangsetzung der Wirtschaft überhaupt hängt von der Militärregierung ab.

Die Förderung von Kohle, die Beschaffung des Baumaterials, der Einsatz der Arbeitskräfte, die Verteilung der Lebensmittel, die Öffnung der Zonengrenzen, Ein- und Ausfuhr, Rohstoff-Fragen aller Art können von diesen Gemeinde- und Kreisvertretungen nicht gelöst werden, erstens, weil es zentrale Probleme sind und zentrale Körperschaften noch nicht bestehen, und

zweitens, weil die Besatzungsmächte sich über viele Fragen dieser Art noch nicht einig sind und deshalb ihre Durchführung nicht in Angriff nehmen können.

2. Die Gemeindewahlen bringen uns einen Schritt vorwärts zur Demokratie.

Der erste Schritt zur Selbstregierung sind die Wahlen zu den untersten kommunalen Körperschaften, den Gemeinden und den Landkreisen, die in der amerikanischen Zone bereits stattgefunden haben und in den anderen Zonen bevorstehen. Diesen Wahlen werden die Wahlen zu den Provinziallandtagen folgen, und schließlich werden verfassunggebende Nationalversammlungen die Verfassungen (d. h. Staatsgrundgesetze) der Länder und zuletzt die des Reiches beschließen müssen.

Wir stehen also jetzt an einer Wende der Politik, und die Frage für jeden Staatsbürger lautet: „Willst du den alten kapitalistischen Kurs weitersteuern oder willst du als Ziel deiner politischen Betätigung den Sozialismus sehen?“ Bei den Kommunalwahlen hat das deutsche Volk zum erstenmal nach 13 Jahren die Gelegenheit, Männer und Frauen, die sein Vertrauen genießen, und deren Anschauungen es billigt, in die Selbstverwaltungskörperschaften zu schicken, damit sie dort im sozialistischen und demokratischen Sinne wirken.

Diese Selbstverwaltungskörperschaften können somit zum Grundstein für ein neues demokratisches und sozialistisches Reich werden. Wer mit der kapitalistischen Ausbeutung, mit der ungerechten Verteilung der Lasten, mit der unerträglichen Anmaßung der Großgrundbesitzer und Schlotbarone, mit dem Bildungsvorrecht der bis jetzt herrschenden Klasse, mit einer beschämenden Wohlfahrtspolitik, mit der militaristischen Säbelrasselei, kurz: mit den schreiendsten Ungerechtigkeiten aller Art Schluß machen will, der muß schon jetzt die neue Front beziehen, die nötig ist, um bei den späteren Wahlen dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen.

3. Wir sind für weitgehende Selbstverwaltung.

Es kann nicht ohne Bedeutung sein, wie die untere Verwaltung beschaffen ist. In der britischen Zone ist die von der britischen Militärregierung verfügte Verwaltungsreform noch zu keinem Abschluß gekommen. Der augenblickliche Zustand sieht eine Zweiteilung zwischen Gesetzgebung und Verwaltung vor, bei der das Schwergewicht in den Selbstverwaltungskörperschaften liegt. Wenn wir Sozialdemokraten dem Prinzip dieser Zweiteilung der Gewalten zustimmen, so aus der Erkenntnis heraus, daß der Wille des Volkes in der Demokratie oberstes Gesetz sein muß und die Beamten und Angestellten der Selbstverwaltungskörperschaften diesen Willen des Volkes zu vollziehen haben. Von diesem Grundsatz der Demokratie ausgehend, müssen wir nun aber in Deutschland bestimmte Einzelforderungen erheben, die nur aus der Geschichte des deutschen Volkes und der Entwicklung der Selbstverwaltung und des Beamtentums in Deutschland zu verstehen sind.

Die letzten hundert Jahre haben in den westlichen Kulturländern zu einer wesentlichen Verstärkung des demokratischen Elementes geführt. Aus innerer Notwendigkeit heraus, die sich durch die veränderte wirtschaftliche Struktur ergab, haben diese Völker in schweren Verfassungskämpfen und blutigen Revolutionen sich Staatsformen gegeben, die dem einzelnen ein wesentliches Mitbestimmungsrecht an den Geschicken seines Volkes garantieren. Die Kampfzeit brachte es bei diesen Völkern mit sich, daß ihnen die Begriffe demokratischer Staatsführung und damit verbunden auch die Begriffe demokratischer Selbstverwaltung nicht nur Worte blieben, sondern daß ihnen ihr Inhalt in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Was jedem Bürger der Vereinigten Staaten, Englands, Frankreichs eine Selbstverständlichkeit ist, wofür kein Mensch in Holland, Belgien, Norwegen und Schweden mehr diskutiert, nämlich die Freiheit der Persönlichkeit, die Freiheit der Meinungsäußerung,

die Gleichheit aller vor dem Gesetz, das Mitbestimmungsrecht jedes einzelnen bei der Verwaltung der nationalen Bezirke: das ist dem deutschen Volke noch ein unerforschtes Gebiet, ein Durcheinander von falschen und unklaren Vorstellungen, ein geistiges Chaos, in dem Radikalismus und Gleichgültigkeit üppig gedeihen.

4. Schluß mit dem Preußentum!

Die Gründe für diese bei einem Volke der „Dichter und Denker“ sehr befremdende Tatsache liegen, mit einem Wort gesagt, im Preußentum, dessen überragende Stellung in Deutschland sich auf allen Gebieten der Politik äußerst unheilvoll bemerkbar gemacht hat, und dessen Wesen nur ein kleiner Teil des deutschen Volkes bisher erkannt hat, und dessen das Ausland wohl in seiner Expansionskraft, aber nicht in seinem umfassenden Einfluß auf die Innenpolitik gewahr geworden ist.

Die drei Wesenszüge des Preußentums sind am besten durch das „Gottesgnadentum“ seiner Herrscher, den Militarismus und den preußischen Beamten gekennzeichnet. Der preußische Monarchismus und der preußische Militarismus interessieren in diesem Zusammenhang nur am Rande. Von grundlegender Bedeutung dagegen ist der Einfluß des Berufsbeamtentums in Preußen auf Politik und Selbstverwaltung in ganz Deutschland.

Der preußische Beamte ist nie Diener seines Volkes, sondern stets Diener seiner Fürsten und später seiner Regierung gewesen. Ihm wurde durch zwei Jahrhunderte hindurch der Glaube eingepflicht, daß er eine bevorrechtete und bevorzugte Stellung im Staate einnähme, und durch Titel und Orden, durch Uniformen und eine besondere Rangordnung wurde er gehindert, seine Klassenlage zu erkennen und ihm ein würdiger Untertanengeist eingepflicht. Er war die „Stütze von Thron und Altar“, und selbst die Weimarer Republik ist nicht imstande gewesen, die Beamten-

schaft in ihrer Gesamtheit aus diesen geistigen und seelischen Fesseln zu erlösen.

Eine große Rolle spielte bei dieser falschen Erziehung der Beamtenschaft der Begriff des Berufsbeamtentums. Ich halte es für durchaus in der Ordnung, daß ein Beamter seine Tätigkeit als einen festen, auf Lebenszeit berechneten Beruf ansieht, und daß er auch, wenn er wegen Krankheit und Erreichung einer gewissen Altersgrenze aus dem aktiven Dienst ausscheidet, eine Pension erhält, die ihn vor Not schützt und ihn in den Stand setzt, einen angemessenen Lebensabend zu verbringen. Ich halte es aber für durchaus verderblich, daß dieser Begriff, wie es in Deutschland der Fall ist, eine Abseltausbildung in sich schließt, und aus dem Beamtenwissen eine Art Geheimwissenschaft macht. Diese Seite des Berufsbeamtentums ist es, die schuld an dem Gegensatz zwischen der Beamtenschaft und der Masse des Volkes ist, die die für Deutschland so unheilvolle reaktionäre Bürokratie geschaffen hat, und die es auch ermöglichte, daß die überwältigende Mehrheit der Beamten dem Nationalsozialismus so urteils- und kampfflos zum Opfer fiel.

Es sei in diesem Zusammenhange darauf hingewiesen, daß ein starkes Element des Bürokratismus die besonders gedrechselte und verklausulierte Sprache der Gesetze, Verordnungen und Verfügungen war. Das Amtsdeutsch hat eine besondere Terminologie und ist dem gewöhnlichen Staatsbürger ein Buch mit sieben Siegeln, ja, sogar völlig wesensfremd. Privatbeamte und Angestellte in Industrie und Wirtschaft und in den freien Berufen haben bestimmt vielfach größere Aufgaben zu bewältigen und tragen in den meisten Fällen größere Verantwortung als ein vergleichbarer Staatsbeamter und bedienen sich dabei, ohne Schaden für ihre Stellung und die Interessen der durch sie vertretenen Firma, eines allgemeinverständlichen Deutsch, wenn man von dem sogenannten kaufmännischen Stil absieht.

Durch die bewußt hervorgehobene Stellung des Beamtentums, dessen einseitige Bildung auf dem Gebiet

der kameralistischen Geheimwissenschaft und die bewußt dunkle Abfassung von Gesetzen, Verordnungen und Verfügungen bildete sich die Verwaltung des Deutschen Reiches zu einem Staat im Staate aus, wurde sie, anstatt Mittel zum Zweck zu sein, Selbstzweck und damit eine Art Polizeinstitution über das deutsche Volk. Die Verwaltung, deren höchstes Ziel das Wohlergehen des Volkes sein sollte, wurde zur Zuchtrute derer, die mit ihren Steuern ihr die Existenzmöglichkeit gab.

5. Eine Verwaltungsreform wurde schon vor 1933 angestrebt.

Die demokratischen Parteien in Deutschland vor 1933 und ihre führenden Männer hatten schon frühzeitig diesen Übelstand erkannt und auf Abhilfe gesonnen. Es liegt klar auf der Hand, daß bei der oben geschilderten Funktion des sogenannten Berufsbeamtentums jeder Versuch einer Verwaltungsreform auf den zähesten Widerstand aller reaktionären Kreise des deutschen Volkes, zu denen naturgemäß zum mindesten die höhere Beamtenschaft selbst gehört, stoßen mußte. Die politischen Rechtsparteien haben von jeher in Deutschland gewußt, daß ihr sogenanntes Berufsbeamtentum, weil es auf Grund seiner besonderen Stellung im Staate immer in einem gewissen Gegensatz zu der Entwicklung des politischen Denkens des Volkes stehen mußte, die stärkste Stütze ihrer konservativen, monarchistischen oder absolutistischen Weltanschauung sein mußte und dadurch als machtvoller, natürlicher Hemmschuh gegen alle revolutionären und evolutionistischen Strömungen wirken würde.

Ich erinnere daran, daß im kaiserlichen Deutschland ein Sozialdemokrat nicht einmal Nachtwächter sein durfte und selbst in der Weimarer Republik die Zahl der sozialistischen und kommunistischen Beamten verhältnismäßig sehr gering war. Das Eindringen politisch aktiver Beamter in den reaktionären Verwaltungsapparat war den Rechtsparteien nur dann genehm, wenn es sich um konservative oder höchstens liberale

Politiker handelte. Hier zeigte es sich auch, daß ihr Begriff „Berufsbeamtentum“ nur ein Schlagwort war, denn sie nahmen mit Vorliebe als leitende Verwaltungsbeamte (Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten, Landräte und Polizeipräsidenten) verabschiedete höhere Militärs oder zweite und dritte Söhne aus adeligen Großgrundbesitzerkreisen.

Hierzu kam noch, daß auch die sich liberal gebärdende Großindustrie und Hochfinanz gern gegenüber dem mächtigen Aufschwung der Arbeiterbewegung das sogenannte Berufsbeamtentum in seiner konservativen Tendenz förderte und deshalb die durch sie unterstützten politischen Parteien, wie die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten, dazu veranlaßte, sich gegen jede Reform auf diesem Gebiete zu stemmen. Das ist ja bekanntlich auch der Hauptgrund gewesen, weshalb die von Staatsminister a. D. Severing vorbereitete Verwaltungsreform nicht Gesetz wurde und im Entwurf stecken blieb.

6. Sozialdemokratische Forderungen zur Verwaltungsreform.

Wenn das neue Deutschland jetzt an den Neubaues seines Reiches und damit auch an die Neuordnung seiner Verwaltung herangeht, so dürfen diese historischen Überlegungen nicht außer acht gelassen werden. Die Sozialdemokratie ist auch auf dem Wege der Verwaltungsreform von jeher führend gewesen und wird auch heute dem deutschen Volke ihre Erfahrung in dieser Frage zur Verfügung stellen.

Sie weiß, daß eine endgültige Verwaltungsreform wohl erst nach Wiedererlangung der Souveränität durchgeführt werden kann, hält es aber für wünschenswert, auch schon jetzt die Besatzungsmächte bei ihren Bestrebungen, von sich aus neue Wege auf diesem Gebiete zu beschreiten, zu unterstützen.

Wir verzeichnen die Tatsache, daß jede der vier Besatzungsmächte in ihrer Zone neuartige Wege auf dem Gebiete der Verwaltung geht, und gehen wohl nicht fehl in der Annahme, daß diese Versuche das

Material für einen später zu fassenden Beschluß des Kontrollrates beibringen sollen.

Es erscheint deshalb der gegebene Zeitpunkt zu sein, auch von uns aus Reformgedanken vorzutragen und zur Debatte zu stellen, besonders, da von seiten der Besatzungsmächte wiederholt der Wunsch dazu laut geworden ist.

Jede Verwaltungsreform muß ein dreifaches Ziel haben:

- a) Vereinfachung der Verwaltung,
- b) Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung,
- c) Beseitigung der im Berufsbeamtentum vorhandenen reaktionären Tendenzen.

7. Vereinfachung bedeutet Verbesserung!

Wenn auch der jetzt durchgeführte Verwaltungsneuaufbau von unten beginnt, so darf bei allem nicht vergessen werden, daß ohne eine zentrale gesetzgebende Gewalt ein einheitliches Deutsches Reich unmöglich ist. Die entstehenden oder noch zu schaffenden Länder Deutschlands dürfen daher durch ihre Verfassungen eine einheitliche Reichsspitze nicht unmöglich machen, dagegen sollen sie in ihren Verwaltungsbezirken für alle Aufgaben, die in ihrem Gebiet geregelt werden können, vollste Bewegungsfreiheit besitzen.

Die Bezirksregierungen mit einem Regierungspräsidenten an der Spitze müssen verschwinden, damit der Grundsatz gewahrt bleibt: „Keine Verwaltung ohne ein zu verwaltendes Gebiet.“ Die Länder (Provinzen) sollen sich daher nur noch in Kreise gliedern. Die Einschaltung der Regierungsbezirke ist überflüssig, weil sie zwischen Kreis und Land (Provinz) kein besonders wichtiges Aufgabengebiet haben und beim Ablauf der Verwaltungsmaßnahmen nur verzögernde Zwischeninstanz sind. Am sinnfälligsten wird diese Behauptung durch die Tatsache bewiesen, daß in Schleswig-Holstein neben der Provinzial- (Länder-) Verwaltung nur noch eine Bezirksverwaltung existiert.

In den Kreisen muß die Selbstverwaltungskörperschaft mit dem selbstgewählten Landrat an der Spitze alle Vorgänge im Kreise überwachen und beeinflussen können. Dazu gehört in erster Linie die eindeutige Unterordnung aller im Kreise tätigen Institutionen, Körperschaften und Behörden unter die Gewalt des Landrats oder des Kreisausschusses.

Es geht nicht an, daß z. B. wichtige Vorhaben, die der Kreistag beschlossen hat, durch eine eigenwillige oder eigenmächtige Stellungnahme des Arbeitsamtes oder der Kreisbauernschaft nicht oder nicht so rasch wie nötig zur Durchführung gelangen können. Alle im Kreise befindlichen Gliederungen der früheren sogenannten reichsunmittelbaren Behörden müssen, soweit ihre Tätigkeit sich auf das Kreisgebiet erstreckt, dem Landrat unterstellt werden.

Dazu gehören vor allen Dingen das Kreisschulamt mit dem Schulrat an der Spitze, das Kreisgesundheitsamt mit dem Kreisarzt an der Spitze, der Kreistierarzt, die Kreisbauernschaft, das Arbeitsamt, das Forstamt, die Kreishandwerkerschaft und die Innungen und Kreisvertretungen von Gewerbe und Handel.

Diese Unterstellung unter den Landrat braucht nicht die Möglichkeit auszuschließen, daß übergeordnete Stellen dieser Behörden und Körperschaften etwa im Bereiche des Oberpräsidenten oder eines Länderchefs durch diese Anweisungen an die Kreise gelangen lassen.

8. Der Landrat ist der erste Bürger des Kreises.

Die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften mit dem Landrat an der Spitze ist in Deutschland besonders wichtig, weil sonst auf Grund der oben geschilderten Mentalität der deutschen Beamten sehr leicht wieder ein äußerst schädlicher Bürokratismus entstehen könnte.

Es ist deshalb zu begrüßen, daß die britische Militärregierung eindeutig festgestellt hat, daß der Landrat in jedem Falle das Aufsichts- und Anweisungsrecht

über den Kreisdirektor und die übrigen Verwaltungsbeamten des Kreises hat.

Darüber hinaus muß jedoch auch ganz eindeutig festgestellt werden, daß er auch das Aufsichts- und Anweisungsrecht, ja, auch das Disziplinarrecht über die Gemeinden besitzt. Der Landrat kann sich bei der Ausübung dieser Rechte der Zustimmung des Kreisausschusses versichern, keinesfalls jedoch dürfen diese oder ähnliche Rechte durch die Verwaltungsbeamten ausgeübt werden.

Auch die Auftragsangelegenheiten der Länder (Provinzen) oder des Reiches müssen dem von der Selbstverwaltungskörperschaft gewählten Landrat übertragen werden. Die Verwaltung des Kreises darf nur die eine Aufgabe haben, ausführendes Organ für die Beschlüsse des Kreistages und seines Landrates zu sein.

Um diese Stärkung der Selbstverwaltungskörperschaften gegenüber der Verwaltung noch besonders zu betonen und ihr eine gewisse Stetigkeit zu verleihen, ist es unbedingt notwendig, daß die jetzige Anordnung der Militärregierung, die eine jährliche Wiederwahl des Landrats verlangt und seine Wiederwählbarkeit nach Abschluß der Wahlperiode verbietet, beseitigt wird.

Es ist auch kein ersichtlicher Grund vorhanden, einen Landrat, der das Vertrauen der Bürger des Kreises besitzt, nach Ablauf der Wahlperiode von einer Wiederwahl auszuschließen. Der Landrat würde dadurch entschieden an Ansehen einbüßen, da die ihm unterstellten Kreisbeamten mit dem Kreisdirektor an der Spitze im Gegensatz zu ihm in der Regel auf Lebenszeit oder mindestens auf zehn bis zwölf Jahre ernannt werden.

Zur Stärkung der Stellung des Landrats ist es auch unerlässlich, daß er eine Aufwandsentschädigung erhält, die mindestens dem Gehalt des Kreisdirektors entspricht und ihm eine angemessene Lebensführung gestattet. Wenn das nicht geschieht, so würde es in Deutschland bestimmt dazu kommen, daß die von den

Selbstverwaltungskörperschaften gewählten politischen Beamten sich sehr bald nur aus den begüterten Kreisen rekrutieren würden, oder daß nicht der beste Mann des Kreises an die Spitze kommt, sondern irgendein ehrgeiziger Mensch minderen Charakters, der sich nach seiner Wahl anderweitig, z. B. durch Bestechlichkeit, schadlos halten würde.

Zur Stärkung der Selbstverwaltungskörperschaften und zur Sicherung der Demokratie ist es ferner u. E. nötig, daß auch die Bestimmung der britischen Militärregierung wonach ein Drittel der Abgeordneten alljährlich durch Neuwahlen ersetzt werden soll, beseitigt wird.

In Verbindung mit dem in Aussicht genommenen Wahlverfahren und der Errechnung der Wahlkandidaten würde die Bestimmung sehr leicht zu einem Verschwinden der Opposition führen. Sie würde auch, genau so wie die Bestimmung über das Verbot der Wiederwahl des Landrats nach Ablauf der Wahlperiode, die Durchführung von geplanten Vorhaben, die sich auf mehrere Jahre erstreckt, stark in Frage stellen.

In diesem Zusammenhang soll, wenn auch nicht ganz zum Thema gehörend, noch auf eine für deutsche Verhältnisse unmögliche Bestimmung der in Vorbereitung befindlichen Wahlordnung hingewiesen werden. Wie verlautet, dürfen die Stimmzettel nicht die Parteizugehörigkeit des Kandidaten enthalten.

Der deutsche Wähler ist an das Listenwahlrecht gewöhnt und politisch noch nicht so interessiert, daß er aus einer größeren Anzahl von Kandidaten diejenigen, denen er seine Stimme geben will, schnell herausfindet. Ich sehe auch keinen irgendwie stichhaltigen Grund für das Verbot der Hinzufügung der Parteizugehörigkeit zum Namen des Kandidaten.

Es besteht andererseits aber die Befürchtung, daß durch diese Anordnung dem Auftreten von Kandidaten, die nicht den zugelassenen Parteien angehören, Vorschub geleistet wird. Hiermit kann sehr leicht der

Grund für eine Aufspaltung des deutschen Volkes in Gruppen und Grüppchen mit eigensüchtigen Interessen geschaffen werden.

9. Unpolitische Beamte sind in Deutschland stets reaktionär!

Zur Beseitigung der im Berufsbeamtentum vorhandenen reaktionären Tendenzen wäre es zu begrüßen, wenn die britische Militärregierung ihren Erlaß über die Entpolitisierung der Beamten noch einmal überprüfen und, wenn irgend möglich, aufheben würde.

Wir sind der Meinung, daß durch ein sogenanntes unpolitisches Beamtentum der Reaktion in Deutschland verhältnismäßig leicht ein Vorstoß gelingen könnte. Der deutsche Beamte ist, wenn möglich, politisch noch ungeschulter als das übrige deutsche Volk.

Während sich schon im Bürgertum und der Arbeiterschaft seit hundert Jahren die politischen Kräfte regten und die politischen Parteien ihre Anhänger und Mitläufer durch Versammlungen, Presse und Broschüren politisch zu schulen versuchten, durfte der Beamte an diesen geistigen Strömungen nicht nur nicht teilnehmen, sondern er wurde systematisch in eine reaktionäre Richtung gebracht.

Die 15 Jahre Weimarer Republik konnten eine 200 Jahre lange Tradition in dieser Richtung unmöglich kompensieren. Wir haben gesehen, daß z. B. die Freigewerkschaftliche Beamtenbewegung in der Zeit von 1918 bis 1933 nur geringen Anklang bei der Beamtenschaft fand, daß aber die Rechtsparteien die Mehrheit der Beamten beeinflussten und insbesondere die höheren Beamten fast ausschließlich Gegner der Demokratie waren. Ist es doch dem Schreiber dieser Zeilen vor 1933 selbst wiederholt passiert, daß er für sein offenes Eintreten für die Republik von höheren Verwaltungsbeamten wenn auch nicht gemaßregelt, so doch schikaniert worden ist.

Auch aus einem anderen Grunde habe ich Bedenken gegen ein Verbot der politischen Betätigung der Be-

amten. Die politischen Parteien im neuen Deutschland bemühen sich nach Kräften (und die Militärregierungen wünschen es), das deutsche Volk politisch reif zu machen. Es wird unmöglich sein, den Beamten von dieser politischen Bildung fernzuhalten, ja, es ist wegen der Notwendigkeit seiner Volksverbundenheit und der Bekämpfung seiner Arbeitsstellung nicht einmal wünschenswert.

Gerade der Beamte, der ja über ein höheres Maß von Allgemeinbildung verfügen soll, kann nicht geistig isoliert werden. Er wird also auch, ohne einer politischen Partei anzugehören, einen politischen Standpunkt nehmen und nehmen müssen. Wenn er jedoch keiner politischen Partei angehört, ihren Versammlungen nicht beiwohnen und sich an der Debatte über politische Fragen nicht betheiligen darf, besteht die große Gefahr, daß er auf Grund seiner Erziehung und seiner Tradition wieder reaktionären Bestrebungen zum Opfer fällt.

Ein unpolitischer Beamter wird in Deutschland immer reaktionär sein. Ich habe die Ansicht gehört, daß ein parteipolitisch gebundener Beamter nicht objektiv sein könne. Wenn man diese Ansicht vertritt, muß man aber auch zugeben, daß ebenso ein Beamter, der keiner Partei angehört, sich aber eine eigene politische Anschauung aus eigener Kraft gebildet hat, nicht objektiv sein kann.

Der Beamte bekommt durch das Gesetz oder die Beschlüsse der kommunalen Körperschaften seine Verhaltensmaßregeln. Die objektive Ausübung seines Amtes zu überwachen, ist Aufgabe des staatlichen Kommissars oder der Selbstverwaltungskörperschaften. Eine ordnungsgemäße Ausübung der Aufsichtspflicht der in Frage kommenden Stelle verbürgt meines Erachtens größere Objektivität als die Entpolitisierung der Beamtenschaft.

III. Die Aufgaben und Ziele sozialistischer Selbstverwaltung.

1. Unsere Arbeit in den Gemeinden vor 1933 konnte sich sehen lassen!

Die Aufgaben einer Gemeinde- oder Kreisverwaltung sind außerordentlich vielgestaltig, und es ist im Rahmen dieser kleinen Schrift natürlich unmöglich, sie in ihrer Gesamtheit darzustellen. Ich will mich deshalb lediglich auf die Hauptgebiete der kommunalen Politik beschränken und versuchen, dem Leser ein Bild von der Tätigkeit eines Gemeindevertreters oder Kreistagsabgeordneten zu geben.

Wir hatten vor 1933 in Deutschland eine gut funktionierende Selbstverwaltung, deren Früchte auch heute noch allenthalben zu bemerken sind. Selbst in den zerstörtesten Städten finden wir kommunale Anlagen, die zum Wohle der Bevölkerung eingerichtet wurden und noch heute davon Zeugnis ablegen, daß das deutsche Volk sehr wohl in der Lage ist, seine Geschichte selbst zu meistern.

Ich erinnere hier an den kommunalen Wohnungsbau, an den Ausbau kommunaler Betriebe, an die Schaffung von Spiel- und Sportplätzen, an die Einrichtung von Badeanstalten und Krankenhäusern und an ähnliche Dinge mehr.

Die Sozialdemokratie hat im Reiche nie eine Mehrheit zur Gesetzgebung gehabt, und in den Gemeindeparlamenten war das auch selten der Fall. Es ist ihr aber fast in allen Gemeindeparlamenten durch ihr geschlossenes Auftreten, ihre sachlichen Verhandlungsmethoden und ihre Zielstrebigkeit gelungen, ihren Einfluß auf die Beschlüsse der Gemeindeparlamente sicherzustellen.

So wurden in der Weimarer Republik die Beschlüsse der Gemeindekörperschaften von Jahr zu Jahr sozial

betonter, und auch die Wählerschaft erhielt in immer steigenderem Maße eine Anschauung von Ziel und Weg des Sozialismus.

Diese Selbstverwaltungskörperschaften funktionierten mit dieser Tendenz auch noch längere Zeit nach 1933, bis die diktatorischen Maßnahmen Adolf Hitlers und der Terror seiner Parteibeamten sie zerschlugen.

Die Aufgabe neugewählter Selbstverwaltungskörperschaften wird es daher sein, an die in der Praxis vor 1933 bewährte Tradition anzuschließen und in sozialistischer Richtung weiter fortzuschreiten.

2. Neue Wege für die Gestaltung der Gemeindeeinnahmen.

Das vornehmste Recht einer Selbstverwaltungskörperschaft ist das sogenannte Haushaltsrecht. In jeder Gemeinde und in jedem Kreise muß ein Haushaltsplan (Etat) aufgestellt werden, der ein klares Bild über die mutmaßlichen Einnahmen und Ausgaben im kommenden Jahre gibt. Eine ungefähre Grundlage für die Aufstellung dieses Haushaltsplanes erhält man aus der Abrechnung für das vergangene Jahr oder für einen Teil desselben.

Man kann aus dieser Abrechnung das Aufkommen an Steuern und Abgaben und auch die Ausgaben der einzelnen Verwaltungszweige feststellen und daraus Schlüsse für die Entwicklung im kommenden Jahre ziehen. Da die Gemeinden und Kreise die Möglichkeit haben, ihre Einnahmen bis zu einem gewissen Grade beweglich zu gestalten, können sie auf der Ausgaben-seite ihres Haushaltsplanes auch neue Unternehmungen in Rechnung stellen, die zum Fortschritt in der Gemeinde und zum Wohle ihrer Mitbürger dienen.

Die Frage, woher denn eine Gemeinde oder ein Kreis die Mittel für ihre Ausgaben erhalten, ist im Augenblick nicht so eindeutig zu beantworten, da wir keine geordnete Reichsgesetzgebung haben, die eine genaue Steuerverteilung vorsieht. Ich will daher auf die augenblicklichen Zustände, die ja auch anormal

sind, nicht eingehen, weil sie ohnehin in absehbarer Zeit einer neuen Ordnung bedürfen.

Vor 1933 unterschieden wir bei den Gemeindesteuern direkte und indirekte Steuern. Neben diesen Steuern stehen auf der Einnahmeseite der Gemeindehaushalte noch andere Einnahmequellen, wie z. B. Gebühren und Einnahmen aus Verpachtung und aus Überschüssen der kommunalen Betriebe.

Bei der Steuerfestsetzung vertreten wir Sozialdemokraten seit jeher und besonders für die Zukunft den Grundsatz, daß Steuern nur nach der Leistungsfähigkeit erhoben werden dürfen. Wir lehnen daher grundsätzlich alle Steuern ab, die auf den Kopf der Bevölkerung gleich hoch berechnet sind.

Ich erinnere hierbei an den Kampf der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion bei der Einführung der Bürgersteuer, die damals wohl allenthalben als „Negersteuer“ bezeichnet wurde. Die Bürgersteuer trifft den ärmsten ungleich härter als den Wohlhabenden. (Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel) Sie nimmt keine Rücksicht auf die unterschiedliche Steuerkraft und muß daher verschwinden oder gänzlich umgebaut werden.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß unsere gesamte Steuergesetzgebung dringend der Vereinfachung bedarf. Es muß endlich mit der Tatsache Schluß gemacht werden, daß der Steuerkalender nur noch von ausgesprochenen Fachleuten beherrscht und verstanden werden kann.

In dieses Gebiet der „rohen“ (nicht veredelten) Steuer gehören auch die sogenannten indirekten Steuern, wie Biersteuer und Vergnügungssteuer, die vor 1933 reine Gemeindesteuern waren. Alle diese Steuern berücksichtigen die wirtschaftliche Stärke und Schwäche des Steuerzahlers absolut nicht und belasten dadurch natürlich den Bürger mit geringem Einkommen viel stärker als seinen wohlhabenderen Nachbarn. Wer leistungsfähiger ist, soll auch mehr zahlen, und daher müssen Mittel und Wege gefunden werden, um die Ungerechtigkeit, die in diesen indirekten

Steuern liegt zu beseitigen. (Auch die indirekten Reichssteuern müssen nach sozialistischer Ansicht verschwinden. Wenn das auch nicht durch die Tätigkeit der Gemeindekörperschaften erreicht werden kann, so können die sozialistischen Mitglieder dieser Körperschaften aber durch entsprechende Entschlüsse das Gewissen des Gesetzgebers schärfen!)

Bei der direkten Steuer muß ebenfalls eine gewisse Veredelung erfolgen. Die Gemeinden erheben Zuschläge zu den sogenannten Realsteuern, die vom Besitz (vom Grund und Boden und den Gebäuden) und vom Gewerbe erhoben werden. Diese Steuerarten sind alt, und das System ihrer Festsetzung ist bereits oft geändert und auch verbessert worden.

Es ist aber nicht zu leugnen, daß sich bei der Festsetzung der Gewerbesteuern und auch der Grundsteuern kapitalistische Tendenzen dahingehend bemerkbar machen, daß die Großverdiener und Großgrundbesitzer gegenüber den kleinen Handwerksmeistern oder Kaufleuten und den Kleinbauern über Gebühr bevorzugt werden.

Bei den Steuerschätzungskommissionen fängt es an, und mit der Steuermahnung und der Pfändung hört es auf. Es wird die Aufgabe der neuen Gemeindekörperschaften sein, diese Dinge genauestens zu untersuchen und eine gerechte Veranlagung der Steuer durchzusetzen.

Man sage nicht, daß die Veranlagung der Steuer nicht zu dem Aufgabengebiet der Gemeindekörperschaften gehöre. Diese haben so viele Möglichkeiten, auf die Veranlagung einzuwirken, daß das nur eine Ausrede sein würde.

Wenn aber die Veranlagung oder Teile derselben ungerecht sind (wie z. B. die Einteilung in Bodenklassen zugunsten des Großgrundbesitzes), so müssen natürlich auch die zur Erhebung kommenden Steuern ungerecht verteilt sein, da diese ja prozentual von dem festgesetzten Steuersoll erhoben werden.

Bei dieser Gelegenheit muß auch der so beliebte Vorwurf der Reaktionäre aller Schattierungen zurückgewiesen werden, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte nichts zu den Gemeindesteuern beitragen, weil sie keinen Grund und Boden haben und in der Gemeinde kein Gewerbe ausüben und daher für die Realsteuern nicht in Frage kommen.

Die Realsteuern machen nur einen Teil der Steuereinnahmen in der Gemeinde aus. Einen wichtigen Einnahmeposten stellen auch die Rücküberweisungen aus der Einkommensteuer dar, und hier ist wohl unbestritten, daß Arbeiter, Angestellte und Beamte ihre Einnahmen restlos versteuern müssen, da sie nicht verschleiert werden können.

Es ist also vollständig abwegig, aus der Tatsache, daß diese Bevölkerungsschichten keine Realsteuern zahlen, etwa die Behauptung herzuleiten, daß sie kein Recht hätten, in der Gemeindevertretung Sitz und Stimme zu haben, wie das leider vor 1933 sehr oft versucht wurde.

Ein wichtiges Problem für die Zukunft ist es auch, die Einnahmen aus den kommunalen Betrieben (wie Gas-, Wasser und Elektrizitätswerken, den städtischen Fuhrbetrieben, den Müllfuhrgesellschaften, der Straßenreinigung und Ähnliche) so zu gestalten, daß der Zweck dieser Einrichtungen nicht in sein Gegenteil verkehrt wird. Sie sollen der Erleichterung der Lebensführung der Bürger dienen und können das nur, wenn ihre Tarife für alle tragbar sind.

Es hat zu allen Zeiten nicht an Versuchen gefehlt, die Einnahmen aus diesen Betrieben ins Ungemessene zu steigern, um die Zuschläge zu den Realsteuern möglichst niedrig zu halten. Dieser Versuch kann nicht scharf genug verurteilt werden und die Preispolitik der städtischen Betriebe muß von den sozialistischen Gemeindevertretern scharf unter die Lupe genommen werden.

Diese Betriebe sollen eben der Allgemeinheit dienen und sind keine privatkapitalistischen Einnahmequellen. Gewiß müssen sie sich möglichst selbst tragen, aber

ihre Preispolitik darf nie unsozial werden, und man wird Mittel und Wege suchen und finden müssen, auch die Preise für die Abgabe von Gas, elektrischem Strom und Wasser der Leistungsfähigkeit der Benutzer anzupassen.

Nur noch wenige Worte zu den Gebühren, die von den Verwaltungen für Genehmigungen und Bescheinigungen und Benutzungsrechte aller Art erhoben werden und die eine nicht unwesentliche Einnahmequelle darstellen. Auch hier zählt der wirtschaftlich schwache Bürger denselben Betrag wie der stärkere. So werden jahraus, jahrein der Besitz und die hohen Einkommen geschont und das werktätige Volk belastet.

Ich habe bereits vor 1933 die Einführung eines Steuerpasses vorgeschlagen, der die Steuerzahler in einige Klassen — etwa zehn — einteilt. Auf Grund eines solchen Passes wäre es durchaus möglich, bei der Erhebung von Gebühren, Eintrittsgeldern, Fahrpreisen, Gas- und Strompreisen usw. eine Staffelung eintreten zu lassen.

Es würde dann z. B. die einfache Beglaubigung einer Abschrift für einen Angehörigen der Steuerklasse 0 unentgeltlich, für einen Angehörigen der Klasse 1 z. B. für 0,50 RM und für einen Angehörigen der Klasse 10 für 5,00 RM vorzunehmen sein.

Es ist natürlich selbstverständlich und auch leicht möglich, zu verhindern, daß aus dieser Klassifizierung irgendwelche politische oder sonstige Rechte hergeleitet werden.

3. Die Ausgabenseite des Haushaltsplanes muß ein soziales Gesicht bekommen.

Die kapitalistische Tendenz, den wirtschaftlich Schwachen schwach bleiben zu lassen und den wirtschaftlich Starken vor Inanspruchnahme zu schützen oder gar zu stärken, macht sich nicht nur auf der Einnahmeseite des Haushaltsplans der Gemeinden bemerkbar.

Die Ausgabenseite der Haushaltspläne ist in den meisten Fällen ein lehrreiches Beispiel dafür, daß wir

bisher noch weit davon entfernt sind, ein sozial gerechter Staat zu sein. Wir sagen nichts gegen die Möglichkeit, daß ein auf Grund seiner Leistungen besser bezahlter oder mehr verdienender Bürger auch in seiner persönlichen Lebensführung günstiger dasteht, denn auch wir halten das Leistungsprinzip in der Wirtschaft für durchaus dazu angetan, den Fortschritt der Menschheit zu fördern.

Wir wenden uns aber mit Entschiedenheit dagegen, daß die Gemeinden und Gemeindeverbände von sich aus mehr für die Behaglichkeit, die Erholung und die Erhaltung von Geist und Körper bei den wohlhabenden Schichten der Bevölkerung tun als bei den wirtschaftlich schwachen Schichten des Volkes.

Was die Allgemeinheit unternimmt oder leistet, muß die Züge einer größtmöglichen Gerechtigkeit tragen. Die Gesellschaft hat in ihren Handlungen nicht auf den Profit eines Teiles des Volkes zu sehen, sondern die Wohlfahrt aller Teile im Auge zu haben.

4. Gute Wege sind für alle Bürger eine Notwendigkeit.

Es muß gefordert werden, daß Straßen- und Wegebau der Gemeinden ebenso wie Kanalisations- und Wasserleitungseinrichtungen nach den Bedürfnissen der Allgemeinheit vorzunehmen sind. Es ist augenscheinlich, daß die Arbeiterviertel in den Städten — meistens die Vororte — sehr viel schlechter in dieser Beziehung behandelt worden sind als die Villenviertel.

In den Vororten finden wir enge Straßen mit schlechtem Pflaster, vielfach noch ohne Kanalisation, während wir in den Villenvierteln heute schon fast durchweg Asphaltstraßen haben. Diese Tatsache stellt eine soziale Ungerechtigkeit ohnegleichen dar.

Die wohlhabenden Bewohner der Villenviertel benutzen selten die Straßen zum Gehen, sondern befahren sie mit ihren Kraftwagen. Der Arbeiter der Vororte jedoch ist wegen seines kleinen Einkommens gezwungen, die schlechten Straßen seines Viertels als Gehweg zu benutzen. Er hätte einen ganz besonderen Anspruch auf gute Straßen, und es wird Aufgabe der

sozialdemokratischen Gemeindevertreter sein, hier einmal grundlegenden Wandel zu schaffen. Ähnliche unsoziale Zustände finden wir bei der Einrichtung der Straßenbeleuchtung und bei der Säuberung der Straßen.

Auch auf dem flachen Lande kann jeder, der willens ist zu sehen, feststellen, daß in Hinsicht auf die Führung und die Beschaffenheit der Landstraßen mit zweierlei Maß gemessen worden ist. Die Zufuhrwege zu kleinen Bauerndörfern und Siedlungen sind sehr oft in einem erbärmlichen Zustand. Auf der anderen Seite haben wir sehr oft die Tatsache zu verzeichnen, daß Kunststraßen ohne besonderen Grund Umwege machen, um Großgrundbesitz verkehrstechnisch zu erschließen.

Der Hinweis auf die unerträgliche Belastung der kleinen Gemeinden durch Anliegerbeiträge für den Straßenbau im Falle einer besonderen Berücksichtigung ist nicht stichhaltig. Der Steuerpaß und die mit ihm verbundene stärkere Heranziehung der leistungsfähigeren Schichten könnte auch hier den gerechten Ausgleich herbeiführen.

5. Von einer guten allgemeinen Volksbildung hängt unsere Zukunft ab.

Auf dem Gebiete der Schulerziehung, der Jugendpflege und der Erwachsenenbildung müssen gleichfalls grundlegende Änderungen der Anschauungen unseres Volkes erkämpft werden. Wenn wir ein neues Deutschland aufbauen wollen, so müssen wir darauf bedacht sein, daß alle geistigen Kräfte des Volkes zur Entfaltung kommen und in den Dienst des Neubaus des Staates gestellt werden.

Das Bildungsvorrecht der besitzenden Klassen muß im Interesse des ganzen Volkes nunmehr endgültig getrochen werden. Wir sind ein armes Volk geworden, und so wird es uns in den nächsten Jahren nicht möglich sein, die großen geistigen Ungerechtigkeiten zu beseitigen, die schon z. B. in der früheren Gestaltung unserer Schulhäuser zu finden sind.

Wo aber eine Volksschule heute neu gebaut werden muß, da sollte man jedenfalls daran denken, daß auch das Arbeiterkind Anspruch auf freundliche Schulräume, ausreichende und gut ausgestattete physikalische und chemische Experimentieräume, Handfertigkeitswerkstätten, Turnhallen, Badegelegenheiten usw. hat.

Besonderes Augenmerk ist aber auf die innere Gestaltung des Schulbetriebes zu legen. Die Auslese der Begabten und die Förderung bis zur Hochschule muß zum Ziel haben, daß jeder Begabung die ihr entsprechende Ausbildung zuteil wird. Nicht länger mehr dürfen Stand oder Vermögen der Eltern der Maßstab für den Aufstieg eines Kindes von der Volksschule zur Universität sein, sondern lediglich die Förderungswürdigkeit des betreffenden Kindes.

Das oberste Ziel sozialistischer Kultur ist die Erziehung des Menschen zu einer freien Persönlichkeit im Dienste der gesamten Menschheit. Diese Persönlichkeit muß gemäß ihren Fähigkeiten über ein möglichst reiches Wissen, eine eigene Urteilsfähigkeit und eine der Menschheit dienende sittliche Haltung verfügen. Sie muß Bescheidenheit haben und gegenüber anders Denkenden duldsam sein.

Sie muß die Menschenwürde anderer Völker und Rassen anerkennen und achten und ihre Eigenarten zu verstehen suchen. Sie muß aber auch aufgeschlossen sein für alle politischen Fragen und sich bewußt sein, daß sie ein Glied in der Menschengesellschaft sein muß.

In der Erkenntnis dieses hohen Zieles liegt für den Sozialisten die hohe Verantwortung begründet, die er als Vertreter kommunaler Körperschaften für die richtige Behandlung von Erziehungs- und Kulturfragen durch diese Selbstverwaltungsparlamente hat. In diesen Parlamenten muß sehr häufig zu Fragen der Kinder- und Jugend-erziehung, der Erwachsenenbildung und der Kultur Stellung genommen werden. Die Kulturpolitik der sozialistischen Vertreter muß unseren Ziel gesetzt sein eindeutig und klar auf die För-

derung aller Erziehungs- und Bildungsbestrebungen eingestellt werden.

Im einzelnen hat die Sozialdemokratische Partei folgende Einstellung zu den hauptsächlichsten Fragen dieses Gebietes des öffentlichen Lebens:

a) Kindererziehung und Schulfragen.

Die Sozialdemokratie steht auf dem Standpunkt einer einheitlichen Schule ohne Trennung nach Konfessionen oder Standesrücksichten. Sie fordert für das vorschulpflichtige Kind gut eingerichtete Kindergärten unter Leitung von verantwortungsbewußten und gut ausgebildeten Kindergärtnerinnen.

Auf einer einheitlichen, von allen Kindern zu besuchenden Grundschule soll sich dann eine mittlere, im Anschluß daran eine höhere Schule aufbauen, für deren Durchlaufen keine anderen Voraussetzungen notwendig sind als die Begabung des betreffenden Kindes. Die Förderung der Begabten muß überall gewährleistet sein.

Dazu sind als Endziel erforderlich: vollständige Schulgeld-, Lehr- und Lernmittelfreiheit, Einrichtung von Schülerheimen in den Städten für begabte Landkinder und Erziehungsbeihilfen an minderbemittelte Erziehungsberechtigte. Gesunde und genügend große Klassenräume müssen in ausreichender Zahl vorhanden sein, und stets ist dafür zu sorgen, daß die Lehrerzahl so groß ist, daß im Durchschnitt nicht mehr als 30 Kinder in einer Klasse vereinigt sein brauchen.

Für ausreichende Spielplätze und Turnhallen ist Sorge zu tragen. Der Beschaffung von Anschauungsmaterial, Bildwerfern und Kinoapparaten, physikalischen und chemischen Laboratorien, guten Schülerbibliotheken und Musikinstrumenten muß stets unser Augenmerk gewidmet sein.

Die Erzieher unserer Kinder müssen gleichfalls freie, der demokratischen Weltanschauung unbedingt anhängende Persönlichkeiten sein. Auf ihre Aus- und Weiterbildung ist größter Wert zu legen, und Bestre-

ungen in dieser Hinsicht sind von den Gemeinden stets zu fördern.

Der Pflege des Gedankenaustausches zwischen Elternhaus und Schule ist durch Veranstaltung von Elternabenden, Einrichtung von Elternbeiräten und tätige Mitarbeit in den Schulvorständen und Schuldeputationen größtes Interesse entgegenzubringen. Auch in den Finanzausschüssen wollen wir stets versuchen, ausreichende Mittel für Schul- und Erziehungsfragen in den Haushaltsplan einzustellen.

b) Jugenderziehung und Hochschulfragen.

Es ist selbstverständlich, daß wir Sozialdemokraten uns heute mehr denn je der enttäuschten und betrogenen Jugend anzunehmen haben. Unsere Aufgabe ist es hier, im Großen gesehen, die Jugend vom nationalsozialistischen Kasernendruck und Kraftmeiertum zum denkenden Glied der menschlichen Gemeinschaft und zu der sittlichen Haltung einer edlen Persönlichkeit hinzuführen.

Besonderes Augenmerk müssen wir den Hochschulen widmen, da sie sonst leicht wieder zu Brutstätten der Überheblichkeit und der Reaktion werden können. Auf die Auswahl der Hochschullehrer ist größte Sorgfalt zu verwenden und durch unermüdlige Aufklärungsarbeit, verbunden mit dauernder Fürsorge, muß erreicht werden, die Studentenschaft mit dem hohen Ideal einer demokratischen Staatsordnung vertraut zu machen. Es ist selbstverständlich, daß die Wissenschaft und ihre Lehre frei sein müssen.

Die nichtstudentische Jugend ist in gut ausgebauten Berufs- und allgemeinen Fortbildungsschulen weiter zu bilden, wobei vor allen Dingen Wert darauf gelegt werden muß, daß es bei dem Unterrichtsbetrieb in diesen „Schulen der Jugend“ mehr zu einer gegenseitigen Aussprache als zu einem einseitigen Vortrag des Lehrers kommt.

Arbeitsgemeinschaften innerhalb dieser Schulen für bestimmte Aufgaben und Fragen sind stets anzuregen

und nachhaltig zu fördern. Es ist wohl nicht nötig, besonders darauf hinzuweisen, daß auch hier auf die Einrichtung und Ausgestaltung der Schulräume, Bibliotheken, Turnhallen und Laboratorien größter Wert zu legen ist.

Wir werden unser Augenmerk weiter darauf richten, daß die Jugend in ihrer Freizeit Gelegenheit zu sportlicher und kultureller Betätigung hat. Die Bildung von Jugendvereinen und die Schaffung von freundlich eingerichteten, mit Büchern, Zeitschriften, Spielen, Sportgeräten und Musikinstrumenten ausgestatteten Jugendheimen muß unterstützt werden. Der Einrichtung von Bastelstuben und Bastelkursen schenken wir unsere größte Beachtung. Das bildende und das Gemeinschaftsgefühl weckende Jugendwandern fördern wir durch die Einrichtung von mustergültigen Jugendherbergen unter einwandfreier Leitung von demokratischen Persönlichkeiten.

c) Erwachsenenbildung und allgemeine Kulturfragen.

Nachdem durch den Wahnsinn nationalsozialistischer Politik und die Folgen eines sechsjährigen unheilvollen Krieges der geistige Niedergang unseres ganzen Volkes noch fühlbarer und folgenschwerer ist als die Zerstörung unserer Wohn- und Produktionsstätten, müssen wir mit aller Kraft versuchen, wieder den Anschluß an die Bildungshöhe anderer demokratischer Länder zu finden. Daher muß an die Seite der Kinder- und Jugenderziehung die Fortbildung der Erwachsenen treten.

Wir unterstützen daher die Bildung von Volkshochschulen und Kulturringen, die Einrichtung von Kursen und die Abhaltung von Vorträgen bildender und belehrender Art in weitestgehendem Maße. Wir werden immer darauf achten, in diesen Organisationen einen führenden Einfluß zu erzielen und dafür zu sorgen, daß sie nicht zu irgendwelchen dunklen Zwecken mißbraucht werden, sondern daß sie den Forschungsideen und dem Wissensdrang des ganzen Volkes Rechnung

zu tragen haben. Wir werden darauf achten, daß die Lehrer an diesen Volkshochschulen einwandfreie Männer und Frauen mit demokratischen Grundsätzen sind und daß die Methode in den eingerichteten Kursen die einer freien Aussprache und Problembehandlung ist.

Wir werden uns stets dafür einsetzen, daß überall Kulturbeiräte gebildet werden, die dafür zu sorgen haben, daß der Kitsch und der Schund aus dem öffentlichen Leben, wie er sich jetzt besonders auf dem Gebiete der Malerei und des Kunstgewerbes breit macht, verschwinden. Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, die gute Bücher, gute Bilder und Bildwerke, gute Musik und gute Theateraufführungen zu volkstümlichen Preisen der Allgemeinheit zugänglich machen.

Wir werden auch dafür sorgen, daß die Geselligkeit sowohl für Jugendliche wie für Erwachsene nicht zu kurz kommt, sich aber auch nicht in Flachheiten verliert. Auch die Geselligkeit muß den Stempel der Gediegenheit tragen, und daher ist gewissenlosen Unternehmern auf diesem Gebiet unter allen Umständen das Handwerk zu legen, ernstzunehmenden Künstlern und sonstigen Veranstaltern jedoch jede Förderung angedeihen zu lassen.

Ich möchte noch darauf hinweisen, daß wir alle Vereine, die sich kulturelles Schaffen zum Ziel gesetzt haben, selbstverständlich in erster Linie die Arbeiterorganisationen dieser Art, unterstützen wollen. Arbeitergesangsvereine, der Touristenverein „Naturfreunde“, die Arbeiter-Sport- und -Kulturvereine werden uns stets an ihrer Seite finden, wenn sie um Unterstützung ihrer Bestrebungen mit Eingaben an die Selbstverwaltungskörperschaften herantreten. Wir wünschen und wollen und wirken für ein geistig hochstehendes neues Deutsches Reich.

f. Alte, kranke und schwache Mitbürger sind unserer Fürsorge gewiß.

Es ist für die Sozialdemokratie eine Selbstverständlichkeit und auch eine Ehrenpflicht, sich in den Ge-

meinkörperschaften besonders der alten, kranken und schwachen Mitbürger anzunehmen. Wir betrachten sie als die Opfer kapitalistischer Wirtschaftsmethoden und der Unterlassungen der herrschenden Schichten in sozialer Beziehung.

Sie haben daher Anspruch auf unsere Hilfe. Es sind nicht die schlechtesten unserer Bürger, die da unserer Hilfe bedürfen. Sie waren nur nicht robust genug für diese kapitalistische Wirtschaftsordnung, in der Besitz vor Recht und Skrupellosigkeit vor Gewissen geht. Sie haben es daher nicht verdient, in unwürdige Armenhäuser alten Stils hineingepfercht zu werden. Es darf niemand mehr Furcht vor diesen schändlichen Stätten des Alters und der Armut haben. Ihre Zeit ist vorüber. Die Gemeinden haben die Aufgabe, an ihrer Stelle freundliche Feierabendhäuser zu schaffen, die als Verwalter keine Kerkermeister, sondern mitfühlende Betreuer haben.

Auch die finanzielle Unterstützung dieser bedauernswerten Mitbürger muß der Tatsache Rechnung tragen, daß sie ihre Kräfte im Dienste der Allgemeinheit aufgebraucht haben. Wir wollen dafür sorgen, daß ihr Lebensabend von Nahrungs- und Bekleidungsorgen frei ist, und daß sie auch die Möglichkeit haben, am kulturellen Leben des Volkes teilzunehmen. Es soll wieder Freude in die Herzen der Alten einziehen.

7. Vorbeugen ist besser als heilen.

Eng mit dieser Frage zusammen hängt auch das Problem der Gesundheitsfürsorge in den Gemeinden. Das ganze Volk hat ein Interesse an der Erhaltung der Gesundheit seiner Bürger. Sie ist das kostbarste Gut der Allgemeinheit. Ihr Schutz darf daher nie Sache des Geldbeutels der einzelnen sein. Es ist Aufgabe der Allgemeinheit, für gut ausgestattete und gut geleitete Krankenhäuser und Sanitätsstationen zu sorgen. Die ärztliche Betreuung muß schon beim Kleinkind beginnen und in der Schule ihren Fortgang

finden. Unentgeltliche Reihenuntersuchungen der Schulkinder und weitgehende wirksame Schulzahnpflege sind unerlässlich.

Vorbeugen ist jedoch immer besser als heilen. Wir haben daher die Aufgabe, vor allen Dingen in den Arbeitervierteln darüber zu wachen, daß eine Gesunderhaltung der dortigen Bewohner, insbesondere der Kinder und Jugendlichen, gewährleistet ist. Dazu gehören ausreichende Grünanlagen, Badeanstalten, Turnhallen und vor allen Dingen gesunde Wohnungen.

Wir werden daher beim Wiederaufbau unserer Städte nie wieder zur Errichtung von Mietskasernen mit lichtlosen Höfen kommen dürfen, sondern wir müssen Wert darauf legen, daß auch die Wohnungen des werktätigen Volkes Licht, Luft und Sonne in ausreichendem Maße haben und daß die hygienischen Einrichtungen, wie Bad, Kanalisation und Wasserleitung, den modernen Anforderungen entsprechen.

Wir wollen uns bemühen, durch peinlichste Sauberkeit in allen öffentlichen Gebäuden, Sälen und Geschäften, durch weitgehende Aufklärung der Bevölkerung über Krankheitserreger, andere Krankheitsursachen und durch intensive Bekämpfung der Bazillen- und Bakterienträger (wie Fliegen, Mücken, Ratten, Mäuse) Schädigungen der Volksgesundheit zu vermeiden.

8. Betriebe der öffentlichen Hand fördern das Volkswohl.

Eine weitere, sehr wichtige Aufgabe der Kommunalpolitik ist es, den privaten Profit bei Einrichtungen von allgemeinem Interesse auszuschalten. Daher wünschen wir, daß die Gemeinden noch weiter darin gehen als es vor 1933 der Fall war, selbst Träger solcher gemeinnützigen Unternehmungen zu sein oder gemeinnützige Gesellschaften und Genossenschaften in stärkstem Maße zu unterstützen.

Es wäre ein nationales Unglück für das deutsche

Volk, wenn der Aufbau unserer zerstörten Städte nach privatkapitalistischen Grundsätzen durchgeführt werden würde. Es darf keinen Menschen in Deutschland geben, der in der Zukunft von der Vermietung von Wohnungen lebt, ohne selbst zu arbeiten. Es muß zur Selbstverständlichkeit werden, daß Bäder, Turnhallen, Theater und Bibliotheken in den Händen der Allgemeinheit sind, damit geschäftslüchtige Unternehmer nicht aus der Not des Volkes Kapital schlagen können.

Ebenso selbstverständlich ist es, daß alle Verkehrseinrichtungen und alle Versorgungsbetriebe in der öffentlichen Hand sind. Der Grundsatz muß überall gelten: was der Allgemeinheit dient, muß auch von der Allgemeinheit kontrolliert werden.

Dem Genossenschaftswesen jeder Art soll die Gemeinde ihre Förderung angedeihen lassen. Einkaufs- und Absatzgenossenschaften, Handelsgenossenschaften, Konsumgenossenschaften sollen dafür sorgen, daß die Qualität der Waren sich bessert, die viel zu große Handelsspanne verringert und der Preis der Ware herabgedrückt wird.

Kreditgenossenschaften sollen dafür sorgen, daß auch der kleine Gewerbetreibende oder Handwerksmeister in der Lage ist, die für den Ausbau seines Betriebes und die Verbesserung seiner Einrichtungen notwendigen Kredite zu erhalten, ohne daß er an wucherischen Zinsen und Provisionen zugrundegeht.

Kleingartengenossenschaften und Kleintierzüchtervereinigungen sind besonders in den nächsten Jahren von außerordentlicher Wichtigkeit und müssen daher die Unterstützung der sozialistischen Gemeindevertreter finden. Die falsche Behauptung, daß das Genossenschaftswesen, insbesondere die Konsumgenossenschaftsbewegung, der Feind des Mittelstandes sei, ist zu bekämpfen. Ein Zusammenschluß der Gewerbetreibenden zu Einkaufs-, Produktions- und Versandgenossenschaften ist viel eher dazu angetan, den Mittelstand auf eine gesunde Basis zu stellen und ihn krisenfest zu machen.

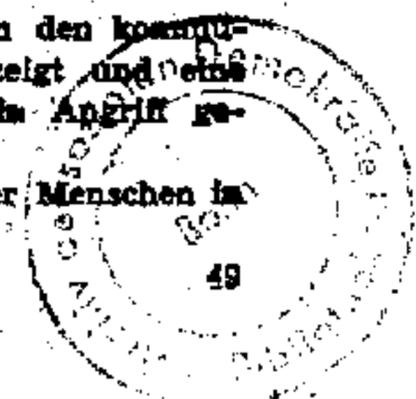
9. Die Vertriebenen können mit Hoffnung auf uns sehen.

Die Sache der Vertriebenen machen wir zu unserer eigenen Angelegenheit. Mit einer der schwersten Folgen der nationalsozialistischen Wahnsinnspolitik ist die Flucht oder die Vertreibung von Millionen Menschen aus den östlichen Gebieten des Deutschen Reiches. Zum Teil sind diese bedauernswerten Opfer der nationalsozialistischen Kriegspolitik ohne irgendeine Habe in die westlichen Gebiete gekommen, leben nun mitunter schon mehrere Jahre unter kümmerlichsten Verhältnissen in einer fremden Gegend mit Menschen von anderen Sitten und Gebräuchen zusammen. Es ist ganz natürlich, daß dieses Zusammenleben auf engem Raum in einer Zeit, in der es fast überall am Notwendigsten fehlt, zu Unzuträglichkeiten führen muß.

Der nüchterne Beobachter, und das sollen und müssen wir Sozialdemokraten ja gegenüber allen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Fragen sein, wird ohne weiteres feststellen können, daß die Schuld an diesen unzuträglichen Verhältnissen wohl in den meisten Fällen auf beiden Seiten liegt. Die einheimische westliche Bevölkerung sieht sich in dem uneingeschränkten Gebrauch ihrer Wohnungen und in ihrer Bewegungsfreiheit und ihrem Familienleben stark behindert. Die Mitbürger aus dem Osten bemerken gegenüber ihrer grenzenlosen Armut einen noch vorhandenen Wohlstand und empfinden deshalb ihr persönliches Schicksal als ungerecht.

Wir Sozialdemokraten stehen auf dem Standpunkt, daß dieses Gefühl der Ungerechtigkeit von den ehemaligen Bewohnern der Ostgebiete genommen werden muß. Wir müssen ihnen jedoch auch sagen, daß das nicht von heute auf morgen möglich ist. Immerhin können die Hauptprobleme von uns in den kommunalen Parlamenten schon jetzt aufgezeigt und eine Besserung der Lage der Flüchtlinge in Angriff genommen werden.

Die Anwesenheit so vieler heimatloser Menschen in



den westlichen Zonen stellt uns vor Probleme politischer, wirtschaftlicher und sozialer Art.

a) Auf politischem Gebiet ist Hauptforderung die Gleichberechtigung und Gerechtigkeit. Wir haben Gemeinden zu verzeichnen, in denen die Bevölkerung eine Mehrheit von Vertriebenen aufweist, und in den meisten Gemeinden halten sich der Zahl nach Flüchtlinge und Einheimische die Waage. Es kann daher keineswegs gleichgültig sein, wie diese große Zahl der Zugewanderten politisch denkt und handelt.

Durch eine ständige Aufklärung über die Flüchtlingsprobleme und eine tiefgehende Schulung in politischen Dingen muß eindeutig festgestellt werden, daß die Schuld an diesem Unglück einzig und allein die politischen Machthaber der letzten zwölf Jahre mit ihrem verbrecherischen Kriegstreiben trifft, und daß man von den heutigen verantwortlichen Leitern unserer Verwaltung nicht verlangen kann, das in ein oder zwei Jahren aufzubauen, was Kräfte des Wahnsinns in zwölf Jahren zerstörten.

Unsere praktische Arbeit in politischer Beziehung muß aus der Forderung entspringen, absolute Gerechtigkeit und Gleichberechtigung mit den bodenständigen Einwohnern herbeizuführen. Auch der Grundsatz, daß Gegner des nationalsozialistischen Regimes unter den Ostflüchtlingen den Vorrang vor einheimischen Nationalsozialisten haben, muß unbedingt beachtet werden. In diesem Zusammenhang wende ich auf die Bemühungen der Sozialdemokratischen Partei hin, ein einwandfreies System der politischen Überprüfung von Vertriebenen zu schaffen, das die Gewähr für größtmögliche Genauigkeit bietet.

Aus den ganzen westlichen Gebieten sollen alle einwandfreien antifaschistischen Vertriebenen kartellmäßig erfaßt und als Vertrauensleute bei der Entnazifizierung der übrigen Flüchtlinge herangezogen werden. Diese Maßnahme wird unbedingt im Laufe der nächsten Zeit zu einer Überführung und Verurteilung derjenigen Vertriebenen führen, die ihre Fragebogen

wissenschaftlich falsch ausgefüllt haben; sie wird aber auch den wirklich demokratischen Elementen unter den Vertriebenen die Möglichkeit des Nachweises ihrer politischen Zuverlässigkeit bieten.

Wir müssen dazu kommen, daß bei der Besetzung von Stellen aller Art die Frage nicht so lautet: Einheimischer oder Vertriebener, sondern so: Nationalsozialist oder Antinazist. Es muß unser Bestreben sein, den Ausdruck Flüchtling möglichst bald aus unserer Sprache zu verbannen, denn schon seit Monaten treten zu diesen Ärmsten der Armen auch schon große Teile der bodenständigen Bevölkerung, so daß man besser tut, nur von Menschen zu sprechen, die noch etwas besitzen, und von solchen, die nichts mehr besitzen.

Bekanntlich ist die SPD unermüdlich in ihrem Eintreten für die Öffnung der Zonengrenzen und die Rückführung der Vertriebenen in ihre Heimat. Wir werden nicht aufhören, die Besatzungsmächte an ihr Versprechen zu erinnern, die Grenzen Deutschlands von 1937 bestehen zu lassen.

Wir wissen aber auch, daß zur Klärung dieser Angelegenheit die Übereinstimmung in der Politik der Sieger Voraussetzung ist. Leider ist diese Übereinstimmung bisher nicht erzielt worden. Die Vertriebenen können nun aber bis zu einer Lösung dieses Problems unmöglich ohne Betreuung bleiben.

Wir müssen daher den von manchen unverantwortlichen Kreisen sogar genährten Wahn, daß ein nennenswerter Teil der Flüchtlinge bald wieder in seine Heimatbezirke zurückkehren könne, gründlich zerstören und immer wieder auch in der Öffentlichkeit betonen, daß wir damit rechnen müssen, daß der weitaus größte Teil dieser bedauernswerten Opfer des Nationalsozialismus hier auf lange Zeit bodenständig werden muß.

b) Aus dieser Tatsache ergibt sich ein bedeutungsvolles wirtschaftliches Problem. Der Versuch, die heimatlosen Menschen bald und dauernd in den Pro-

duktionsprozeß einzugliedern, muß sofort gemacht werden. Das zerstörte und ausgesogene Deutschland kann nur dann wieder auf eigenen Füßen stehen, wenn alle Hände möglichst bald wieder zupacken können.

Es ist daher großes Gewicht darauf zu legen, daß arbeitsfähige Flüchtlinge dort wohnen, wo sie in Arbeit gebracht werden können, und daß in Orten, in denen keine größeren Arbeitsmöglichkeiten bestehen, nur Arbeitsunfähige verbleiben. Dabei ist weitestgehend von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, Altersheime und Heime für invalide Menschen einzurichten, die natürlich nicht den Charakter der so übel beleumdeten Armenhäuser der Zeit vor 1914 tragen dürfen.

So wird diese Forderung in vielen Fällen eine nochmalige Verlagerung mancher Flüchtlingsfamilien mit sich bringen. Wenn auch diese Verlagerung jetzt gut vorbereitet und mit größtmöglicher Schonung durchgeführt werden kann, so wird sich eine gewisse Unruhe mitunter nicht vermeiden lassen. Es ist aber entschieden besser, diese kurze Spanne der Unruhe in Kauf zu nehmen und dann die betreffenden Menschen in Arbeit und Brot zu bringen, als sie in ihrem jetzigen Wohnort aus dem Produktionsprozeß auszuschalten und damit dem Elend des dauernd arbeitslosen Menschen preiszugeben.

Für die Gemeinden, in denen dann die alten und arbeitsunfähigen Mitbürger zurückbleiben, muß natürlich auf der Basis des Landkreises und für die Kreise auf der Basis der Provinz oder des Landes ein Ausgleich der sozialen Lasten herbeigeführt werden.

Zu den praktischen Maßnahmen in wirtschaftlicher Beziehung gehört es auch, besonders im Hinblick auf die Verlagerung der Beschäftigungsarten bei dem Aufbau unserer Wirtschaft, daß Umschulungskurse für Flüchtlinge in größerem Maße als bisher eingerichtet werden. Wir werden in Deutschland einen großen Stamm von richtigen Facharbeitern mehr denn je brauchen, wenn wir beim Neubau unserer Wirtschaft möglichst rasch den Anschluß an die Weltwirtschaft finden wollen. Viele der Einheimischen und ebenso

viele unter den Vertriebenen werden nicht mehr die Möglichkeit finden, in ihrem alten Beruf zu arbeiten. Wir dürfen deshalb nicht versäumen, die Einrichtung und Förderung solcher Kurse zu unterstützen.

Die Frage der Schaffung von Flüchtlingssiedlungen und Flüchtlingsdörfern kann von uns nur dann positiv beantwortet werden, wenn die Gewähr dafür gegeben ist, daß die Menschen, die angesiedelt werden, auch eine Existenzgrundlage finden und nicht etwa wegen völliger Unrentabilität ihres Betriebes nach einigen Jahren wieder auf die Wanderschaft gehen müssen. Wir wollen alle gesunden Siedlungsvorhaben nach besten Kräften unterstützen, müssen aber auf jeden Fall eingehendst prüfen, ob durch genügende Bereitstellung von Kunstdünger, Vieh und Maschinen die Lebensfähigkeit des Betriebes gegeben ist.

c) Am meisten können wir auf sozialem Gebiet tun. Hier muß die Verbesserung der Lebenshaltung der Flüchtlinge unsere Hauptaufgabe sein. Der Wohnungsbeschaffung wenden wir unsere größte Aufmerksamkeit zu. Da es aus Mangel an Baumaterialien in der allernächsten Zeit noch nicht möglich sein wird, neue Wohnungen in größerem Umfange herzustellen, muß unter allen Umständen mit dem verfügbaren Material der größtmögliche Nutzen erreicht werden. Es ist deshalb vor allen Dingen zu fordern, daß ausbaufähige Böden, Stallungen, massive Scheunen usw. für Wohnzwecke hergerichtet werden. Alle in Angriff genommenen oder beantragten Neubauten sind nur dann zu genehmigen, wenn sie die größtmögliche Wohnfläche vorsehen und nicht der Behaglichkeit einzelner Familien kostbares Material opfern.

Es ist für uns Sozialisten eine Selbstverständlichkeit, daß bei der Verteilung des bisher vorhandenen Wohnraumes größte Gerechtigkeit obwalten muß und auch vor den „guten Stuben“ der besser gestellten Bevölkerung oder gar führender Nazis keinesfalls haltgemacht werden darf.

In diesem Zusammenhang müssen vor allen Dingen von uns alle Wege beschritten werden, die dahin führen, jeder Flüchtlingsfamilie sobald wie möglich einen eigenen Herd zu schaffen und sie mit dem notwendigsten Hausrat zu versehen. Der Frage der Einrichtung von gemeinnützigen Werkstätten zur Herstellung von Hausrat und Möbeln ist die allergrößte Aufmerksamkeit zu schenken. Starrer Bürokratismus mancher Kreislandwerkerschäften und das Vorbringen aller möglichen Ausflüchte, wie es so gern geübt wird, sind rücksichtslos zu bekämpfen.

Auch auf dem Gebiete der Versorgung der Vertriebenen mit Kleidung und Schuhzeug kann und soll von uns noch mehr getan werden. Auch hier müssen gemeinnützige Werkstätten von uns verlangt und gefördert werden. In diesen Werkstätten sollen nach Möglichkeit vertriebene Handwerker arbeiten, und zwar gegen einen angemessenen Stundenlohn, der ihnen eine bessere Lebenshaltung ermöglicht als die Fürsorgeunterstützung. Die Arbeit soll gegen „Nur“-Bezahlung geleistet werden, und es muß streng darauf geachtet werden, daß Bevorzugung einzelner gegen Naturalleistungen unterbleibt. Es wird jeder energischen Stadtverwaltung möglich sein, die Abneigung vieler Kreislandwerkerschäften gegen die gemeinnützigen Werkstätten zu überwinden und auch die Landeswirtschaftsämter davon zu überzeugen, daß die gemeinnützigen Werkstätten vorzüglich mit Material zu beliefern sind.

Den Kindern und Jugendlichen unter den Flüchtlingen gehört unsere besondere Fürsorge. Vielleicht haben diese Kinder in ihren Heimatorten bereits eine gehobene Schule besucht und sind hier nicht in der Lage, ihre Ausbildung weiter durchzuführen. Hier muß die Gemeinde eingreifen und nach Mitteln und Wegen suchen, die vertriebenen Kindern eine Fortbildung zu ermöglichen. Es ist zu hoffen, daß die Landeswirtschaftsämter in dieser Hinsicht eine wichtige Rolle spielen können.

fügen würde, ihnen eine Ausbildung, die ihrer Begabung entspricht, vorzuenthalten.

Immer müssen wir dessen eingedenk sein, daß alle diese bedauernden Menschen nicht freiwillig zu uns gekommen sind. Sie haben den Krieg auch nicht allein verloren, sondern sie sind diejenigen Menschen, auf denen die Folgen des Krieges am härtesten lasten. Wir haben eine Ehrenpflicht an ihnen zu erfüllen.

IV. Die Farel des Tages: Sozialismus!

1. Wir leben in der Zeit eines geistigen Umbruchs.

Die nationalsozialistische Bewegung hatte es sich zum Ziel gesetzt, die sogenannten „Irrlehren des Sozialismus“ zu bekämpfen und zu vernichten. Es war daher jedem Einsichtigen klar, daß die Nationalsozialisten zu denjenigen Kreisen des deutschen Volkes gehörten, die in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung eine „gottgewollte“ Einrichtung sehen.

Die Ableugnung der Tatsache, daß die wirtschaftlichen Bedingungen weitestgehend das Zusammenleben der Menschen bestimmen, also der Kampf gegen die materialistische (besser: ökonomische) Geschichtsauffassung, wurde nun aber im Laufe der letzten zwölf Jahre durch den Nationalsozialismus selbst als unmöglich erwiesen. Die bis in die letzten Verteilerstellen eindringende Lenkung der Produktion und der Warenverteilung war der beste Beweis dafür, daß auch die Händler der kapitalistischen Wirtschaftsordnung einsehen mußten, daß die schrankenlose Profitsucht der kapitalistischen Klassen im starken Gegensatz zu den Bedürfnissen des Volkes steht.

Damit ist auch in den breiten Schichten des deutschen Volkes und auch — wie ich feststellen konnte — das Auslandes die Erkenntnis gewachsen, daß wir Sozialisten eigentlich gar nicht so unrecht mit unserem Kampf gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung hätten. Es ist die Tragik des deutschen Volkes, daß es erst durch diesen Meer von Blut und Tränen, das Nationalsozialisten und Kapitalisten geschaffen haben, gehen mußte, damit sich diese Erkenntnis Bahn brechen konnte. Das deutsche Volk hätte es viel einfacher haben können, zu einer gerechteren Wirtschaftsordnung zu kommen, wenn es sich die Mühe gemacht

hätte, die sozialistischen Gedankengänge zu verstehen und den „Unverstand der Massen“ zu besiegen.

Immerhin ist die Tatsache bemerkenswert, daß keine der großen Parteien eigentlich so recht mehr den Mut findet, den Sozialismus als solchen zu bekämpfen. Man trägt mit dieser Haltung dem Sehnen weiter Schichten unserer Mitbürger Rechnung und stellt mitunter sogar selbst sozialistische Forderungen auf.

Wir lassen uns aber nicht täuschen. Im Innern des Herzens ist man eben noch immer Privatkapitalist und sucht heute schon nach neuen Ausreden und neuem Beweismaterial gegen den Sozialismus.

Es ist weiterhin eine Tragik des deutschen Volkes, daß der politische Weg zum Sozialismus jetzt in Deutschland zum zweiten Male in einer Zeit frei wird, die die denkbar ungünstigsten Voraussetzungen dafür bietet. Im Jahre 1918 entstand die Weimarer Republik in einer Situation, die alles andere war als eine günstige Gelegenheit, die Wirtschaft in neue Bahnen zu überführen.

Die gegenwärtige Lage der deutschen Wirtschaft ist so niederdrückend, daß es fast als ein unmögliches Wagnis erscheint, an den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft heranzugehen. In einer Zeit, in der es dem ganzen Volke am Allernotwendigsten fehlt, in der jedes neugeborene Kind bereits mit einer Schuldenverbelastung in Höhe von mehreren tausend Mark auf die Welt kommt, in der das Schicksal großer Teile des deutschen Landes zumindest noch ungewiß ist, in einer solchen Zeit wird es natürlich den Gegnern des Sozialismus leicht möglich sein, die Gründe für eine abwartende Haltung zu finden.

Diese abwartende Haltung einzunehmen, wäre aber nach meiner Meinung das Schlimmste, was das deutsche Volk tun könnte; denn abwarten bedeutet im gegenwärtigen Zeitpunkt eine verlorene Schlacht, vielleicht sogar eine verlorene Entscheidungsschlacht. Gewiß haben wir im gegenwärtigen Entwicklungsstadium noch keine Möglichkeit, das Kernstück des Sozialismus, nämlich die Überführung der Produktionsquellen in

den Besitz der Allgemeinheit, in Angriff zu nehmen. Dazu fehlen uns noch wichtige politische Voraussetzungen.

Der Frieden ist für Deutschland noch nicht gekommen. Eine deutsche Regierung ist nicht vorhanden. Das deutsche Land ist in vier fast hermetisch abgeschlossene Besatzungszonen zerrissen. Die Finanzhoheit liegt in den Händen des Kontrollrates und die Voraussetzungen für die Mobilisierung der Arbeitskräfte sind durch Rohstoffmangel, völliges Stilliegen des Außenhandels und die Ungewißheit über das Schicksal vieler Industriewerke noch nicht gegeben.

Hinzu kommt in geistiger Beziehung noch eine maßlose Verwirrung in den Köpfen des deutschen Volkes. Der durch Jahrhunderte gepflegte Untertanengeist vermag die Ursachen des naturnotwendigen Zusammenbruchs Deutschlands noch nicht zu erkennen und daher auch noch nicht die Klarheit über den Weg in die Zukunft zu finden.

Der britische Ministerpräsident Attlee sagte vor wenigen Wochen in einer Rede in Amerika von der britischen Arbeiterpartei, daß sie die „Partei des einfachen Mannes“ sei. Auch die Sozialdemokratische Partei Deutschlands ist die Partei des einfachen Mannes. Ich möchte dem aber noch hinzufügen, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands die Partei des „gesunden Menschenverstandes“ ist. Die Sozialdemokratische Partei verspricht keine Wunder. Davon haben wir in den letzten zwölf Jahren genug gehört. Sie will lediglich aus der Erkenntnis der Gegebenheiten heraus den Weg zu Freiheit und Gerechtigkeit weisen, diesen notwendigen Voraussetzungen für die Schaffung eines allgemeinen Wohlstandes.

Ihr Reich ist von dieser Welt, und sie überläßt es außerhalb der Politik gern den berufenen Vertretern eines Jenseitsgedankens, die geistigen Vorbereitungen dafür zu übernehmen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß auch die sittliche Haltung der Menschheit erst auf eine höhere Stufe gebracht werden kann, wenn die Gründe ein für allemal beseitigt werden, die in der

kapitalistischen Wirtschaftsordnung den Menschen zu Schlechtigkeiten aller Art Veranlassung geben. Es setzt sich immer mehr die Erkenntnis durch, daß die Wurzeln alles Übels und die Grundlagen für das sogenannte „Böse“ in der Welt in einer ungerechten und bestimmt nicht „gottgewollten“ Wirtschaftsordnung liegen. Diese Wirtschaftsordnung zu bekämpfen, ist daher zum mindesten ebenso wertvoll wie die Verbreitung der Lehre vom Christentum.

Es ist daher auch ganz klar, daß es sittliche Pflicht jedes Menschen ist, den Sozialismus zu fördern und für ihn an jedem Ort und zu jeder Zeit mit derselben Überzeugungstreue einzutreten wie für das Christentum. Sozialismus und Christentum kämpfen auf verschiedenen Ebenen. Es ist nicht der geringste Grund vorhanden, daß sie gegeneinander kämpfen müssen.

Daher sollten auch die Parteien, die es für nötig halten, die Idee des Christentums im politischen Tageskampf zu betonen, alles unterlassen, was zu einer Bekämpfung des sozialistischen Gedankens oder auch nur zu einer Verzögerung der praktischen Anwendung sozialistischer Grundsätze führen könnte.

Die Massen sind erfüllt von einem unendlichen Sehnen nach einer besseren Zukunft und einer gerechteren Wirtschaftsordnung. Diesem durch Jahrhunderte gehenden Sehnen Erfüllung zu bringen, ist jetzt Gelegenheit gegeben, und es ist daher Aufgabe aller Menschen von anständiger Gesinnung, jetzt ohne Zögern praktischen Sozialismus zu treiben.

Der Zeitpunkt ist gekommen, der Wunsch ist vorhanden, die Tat muß daher folgen!

2. Sozialdemokratische Kommunalpolitik, die Vorstufe zum Sozialismus:

Für den Kenner der Kommunalpolitik vor 1933 war es ohne weiteres verständlich, daß Adolf Hitler und seine Trabanten die Selbstverwaltung in den Gemeinden und Gemeindeverbänden gründlich zerstörten. Die Nationalsozialisten erkannten mit aller Deutlichkeit, daß hier Hochburgen

der Demokratie errichtet waren, die sich das Vertrauen weiter Kreise des deutschen Volkes erworben hatten. Alles, aber auch restlos alles, was in den Gemeinden und Kreisen vor 1933 für die Allgemeinheit geschaffen wurde, war den Kapitalisten aller Schattierungen schon seit langem ein Dorn im Auge gewesen.

Sie hatten den großzügigen Wohnungsbau der Städte, sie hatten die Siedlungen auf dem flachen Lande, sie hatten die Kleingartenbewegung, sie hatten die moderne Schule, sie hatten die Wohlfahrtspflege, das Gesundheitswesen, kurz: sie hatten allen Fortschritt, weil er den Massen den besten Anschauungsunterricht dafür gab, daß die Demokratie dem Willen des Volkes Rechnung trägt.

Schritt für Schritt wurde damals dem Kapitalismus eine Stellung nach der anderen aus der Hand gewonnen, und jeder dieser Erfolge ließ die Erkenntnis reifen, daß die Zeit kommen würde, in der man die letzten Anstrengungen der Kapitalisten, an der Macht zu bleiben, verlachen würde. Was die Theorie des Sozialismus in den fünf Jahrzehnten vor 1914 auf Grund der Verdummungspolitik der herrschenden Klasse nicht vermocht hatte, das hatte ein knappes Jahrzehnt praktischer Arbeit der sozialdemokratischen Stadtverordneten-Fraktionen erreicht: die Großtaten der Selbstverwaltungskörperschaften zum Wohle des Volkes waren nicht wegzuwischende Beweise für die Richtigkeit der sozialistischen Theorie. Wenn es gelungen wäre, den Machtantritt der Nationalsozialisten nur um wenige Jahre noch hinauszuschieben, so hätten die praktischen Erfolge der demokratischen Selbstverwaltung zum Ergebnis gehabt, daß Deutschland das nationalsozialistische Regime mit seinen schrecklichen Folgen erspart geblieben wäre.

Es kam anders; nicht der Güte der nationalsozialistischen Idee wegen, sondern weil es dem Kapitalismus mit Hilfe des Volksvermögens, das das werktätige Volk erarbeitet hatte, gelang, die Terrorgarden Hitlers zum brutalen Einsatz zu bringen.

Die Aufgabe des deutschen Volkes ist es nun, die vielleicht einmalige Gelegenheit zu ergreifen und sich neue Selbstverwaltungskörperschaften auf demokratischer Grundlage zu errichten, die an die Tradition vor 1933 anknüpfen und in praktischer Arbeit zum Wohle des Volkes den Weg zum Sozialismus vorbereiten.

Von diesem Standpunkt aus gesehen, gewinnen die Kommunalwahlen eine ungeheure grundsätzliche Bedeutung. Sie werden über die Frage entscheiden, ob Deutschland leben oder untergehen soll. Die Stärkung des sozialistischen Elements in der Selbstverwaltung dürfte das Mißtrauen gegen Deutschland in der Welt zerstören. Sie wird dazu angetan sein, die Öffnung der Zonengrenzen und die Bildung einer eigenen Regierung zu beschleunigen. Sie wird über vor allen Dingen (wenigstens im Rahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände) die Ungerechtigkeit kapitalistischer Methoden beseitigen und den Boden vorbereiten helfen für eine kommende sozialistische Wirtschaftsordnung.

So hat jeder Wähler — ob Mann oder Frau — jetzt die Gelegenheit und die Pflicht, seine Zukunft besser zu gestalten. Im demokratischen Staat ist jeder Mensch für sein Tun selbst verantwortlich, und diese Verantwortlichkeit tritt ganz besonders bei den Wahlen in Erscheinung. Hier wird es sich entscheiden, ob das deutsche Volk seines Glückes Schmied oder sein eigener Totengräber werden will. „Wie man sich bettet, so schläft man!“